

Villach, 15.06.2001

Auskünfte: **Iris Lippitsch**

Durchwahl: **1101**

Zahl: **MD-701/3/2001/Li**

N i e d e r s c h r i f t N r . 3

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g am Dienstag, dem 20. März 2001,
um 15.00 Uhr im Rathaus, Paracelsussaal.

T a g e s o r d n u n g

Fragestunde

1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

2.) Logistikzentrum Post

Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

3.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

A n w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter
 1. Vizebürgermeister Richard Pfeiler
 2. Vizebürgermeister Walter Lang
 Stadträtin Mag. Gerda Sandriesser
 Stadtrat Walter Ladstätter
 GR Hilde Schaumberger
 GR Günther Goach
 GR Harald Sobe
 GR Brigitte Möstl
 GR Christian Luser
 GR Ing. Karl Woschitz
 GR Klaus Frei
 für GR Mag. Werner Raup
 GR Isidor Scheriau
 GR Gerhard Kofler
 GR Helga Kaplan
 für GR Monika Tosin-Mölzer
 GR Mag. Heinz Maurer
 GR Günther Stastny
 GR Irene Lackner
 GR Hans Leeb
 GR Helmut Treiber
 GR Wolfgang Bertel
 für GR Mag. Dr. Josef Koschitz
 GR Edeltraud Pacher
 für GR Ecatarina Esterl
 GR Helmut Wucherer
 GR Herbert Hartlieb
 GR Ing. Horst Eder
 GR Rudolf Unterköfler
 für GR Franz Hauer
 GR Günther Krainer
 GR Monika Obergantschnig
 GR Wally Rettl
 GR Heinz Wutti
 für GR Ing. Siegfried Andronik
 GR Eveline Tilly
 GR LAbg. Sigrid Steinkellner
 GR Eleonore Schmoliner
 GR Franz Burgstaller
 für GR Ing. Hubert Angerer
 GR Herwig Zussner

GR Obstlt. Otto Skedl
für GR Bernd STEFAN
GR Martin Taupe
GR Dr. Wolfgang Lausegger
GR Erwin Baumann
GR Werner Gaggl
für GR Maria Lukan
GR Andreas Brandenberger
GR Helga Sacherer
GR Dr. Josef Löberbauer
GR DI Günther Geretschläger
GR DI Josef Brunner
für GR Werner Lippitz
GR Susanne Zimmermann

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart
Dr. Gerfried Spath
Baudirektor DI Karl Pühringer
Finanzdirektor Mag. Emil Pinter
Dr. Ewald Tillian
Dr. Alfred Winkler
Mag. Walter Egger
Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Iris Lippitsch

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sondergemeinderatssitzung. Er begrüßt auch eine Delegation des Villacher Postverteilzentrums und die anwesenden Medien.

Für Gemeinderat Franz Hauer (Krankenstand) ist Gemeinderat Rudolf Unterköfler, für Gemeinderat Gerhard Kofler (ab 18.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Ewald Koren, für Gemeinderat Mag. Werner Raup (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Klaus Frei, für Frau Gemeinderätin Ecatarina Esterl (Kur) ist Frau Gemeinderätin Edeltraud Pacher, für Gemeinderat Dr. Josef Koschitz (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Wolfgang Bertel, für Gemeinderat Herbert Hartlieb (krank) ist Gemeinderat Helmut Wucherer, für Frau Gemeinderätin Monika Tosins-Mölzer (krank) ist Frau Gemeinderätin Helga Kaplan, für Gemeinderat Werner Lippitz (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat DI Josef Brunner, für Gemeinderat Ing. Siegfried Andronik (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Heinz Wutti, für Gemeinderat Bernd Stefan (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Obstlt. Otto Skedl, für Frau Gemeinderätin Maria Lukan (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Werner Gaggl, für Gemeinderat Ing. Hubert Angerer (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Franz Burgstaller anwesend.

Bürgermeister Manzenreiter denkt, dass die genannten Vertreter der FPÖ-Fraktion alle angelobt sind.

Stadtrat Ladstätter bemerkt, dass das Bürgermeister Manzenreiter bekannt sein müsste.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, dass er das nicht prüfen konnte, nachdem die Entschuldigungen erst vor zehn Minuten gekommen sind, also nicht rechtzeitig eingelangt sind.

Stadtrat Ladstätter teilt mit, dass alle Vertreter angelobt sind.

Bürgermeister Manzenreiter wiederholt, dass alle angelobt sind und bemerkt, dass das jeder Gemeinderat für sich selbst entscheiden soll.

Gemeinderat Helmut Wucherer und Frau Gemeinderätin Helga Kaplan sind noch anzugeloben.

Magistratsdirektor Dr. Mainhart spricht die Gelöbnisformel vor.

Gemeinderat Wucherer und Frau Gemeinderätin Kaplan leisten als neue Mitglieder des Gemeinderates das Gelöbnis gemäß § 21 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes 1998.

Bürgermeister Manzenreiter stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und stellt die Frage, ob es zur Tagesordnung Einwendungen gibt.

Da gegen die **Tagesordnung** keine Einwendungen erhoben werden, gilt diese als genehmigt.

Als Protokollprüfer werden Gemeinderat Günther Goach (SPÖ) und Gemeinderat Erwin Baumann (FPÖ) bestellt.

Die Fragestunde entfällt.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, dass ihm keine Mitteilungen vorliegen.

Pkt. 2.) Logistikzentrum Post

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 12.03.2001.

Er hält fest, dass es sich heute um eine von ihm einberufene Sondergemeinderatssitzung zum Thema Postverteilzentrum handelt. Es gibt in Villach und in Klagenfurt sogenannte Umleitungen, die Postverteilzentren im zukünftigen Sinne sind. Es geht heute nicht darum, die Standortfrage im Gemeinderat zu diskutieren. Die Post braucht dazu weder Ratschläge, noch Vorwürfe, noch Angebote. Es geht heute nicht vordergründig um die Post. Er erklärt, dass er diesen Sondergemeinderat einberufen hat, weil der Stadt Villach in den letzten Wochen am Lebensnerv gerüttelt wurde. Er denkt, dass es oberste Pflicht eines Bürgermeisters ist, die Interessen seiner Stadt zu vertreten und wenn es sein muss, auch massiv dafür zu kämpfen. Das will man heute tun und man will in einer Resolution den Landeshauptmann von Kärnten auffordern, ein Landeshauptmann für alle Kärntnerinnen und Kärntner und für alle Postlerinnen und Postler in diesem Lande zu sein und nicht einseitig ein Engagement an den Tag zu legen. Er informiert, dass dem Gemeinderat heute eine Aufforderung zur Neutralität, zu neutralem Verhalten des Landeshauptmannes in Form einer Resolution zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Er ist der Meinung, dass nicht nur die Villacherinnen und Villacher ein Recht darauf haben gleich behandelt zu werden, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post. Er hofft, dass es dem Gemeinderat gemeinsam gelingt, ein Signal an das Land Kärnten zu senden, dass man Gleichbehandlung nicht nur fordert, sondern auch verdient. Dieses Signal sollte heute einhellig über die Bühne gehen, denn er denkt, dass es überhaupt keinen Grund dafür geben kann, dass man nicht sagt: „liebe Landesregierung, geschätzter Herr Landeshauptmann, alle Kärntner haben das Recht, gleich behandelt zu werden“.

Er erklärt, dass ein Bürgermeister – und das ist in den letzten Tagen manches Mal zu Unrecht in Zweifel gezogen worden – für dessen Stadt Partei ergreifen muss. So gesehen, ist es seiner Ansicht nach kein Problem, wenn ein Wettbewerb zwischen Städten stattfindet. Betriebsansiedlungen sind für eine Stadt das Wichtigste, denn es geht dabei um Fortschritt, um Arbeitsplätze und um Einkommen. Betriebsabsiedlungen gehören zum Negativsten, was einer Stadt passieren kann. Er teilt mit, dass Klagenfurt und Villach mit den Umleitungen je ein Postverteilzentrum hat. Diese Postverteilzentren sind in beiden Städten etwa gleich groß, auch ist in etwa die gleiche Zahl an Mitarbeitern dort beschäftigt und diese sind innerhalb der Posthierarchie gleichrangig angesiedelt. Er stellt die Frage in den Raum, was die Post AG nun will. Um konkurrenzfähig zu bleiben, will die Post AG ein Verteilzentrum aus diesen beiden machen, um auch überregional grenzüberschreitend konkurrenzfähig zu sein. Er informiert, dass es sich hier um eine ausschließliche Entscheidung der Post

handelt. Die Post wird damit konfrontiert, und das ist schwer genug, dass eines der beiden Postverteilzentren auf der Strecke bleibt. Ein Verteilzentrum wird nicht mehr die Bedeutung haben oder geschlossen werden müssen. 70 Mitarbeiter müssen in Zukunft entweder von Klagenfurt nach Villach oder von Villach nach Klagenfurt pendeln. Er denkt, dass es sich auch hier bereits lohnt, Partei zu ergreifen. Er meint, wenn er die Zeichen richtig deutet, dass heute in der Früh die Post AG durch deren Vertreter, Herrn Dr. Jörn Kaniak, erstmals in einem ORF-Interview mit Herrn Dietmar klare Position bezogen hat. Er möchte klar mitteilen, was er im Originaltext niedergeschrieben vor sich hat. Er informiert, dass festgestellt wurde, dass sich der vierköpfige Postvorstand einstimmig für den Standort Villach entschieden hat. Weiters erklärt er, dass Herr Dr. Kaniak auf die Frage, ob interveniert wurde oder nicht, geantwortet hat, dass dies vor der Entscheidung nicht der Fall war. Er verliest weiter aus dem vorliegenden Text, dass es noch kein baureifes Projekt gibt, da erst jetzt die Phase 2 kommt. Die erste Phase, die Festlegung auf den Standort, ist vorbei und nun kommt die Phase 2, sprich Planung, Ausschreibung und Angebot. Dann erst wird vom Vorstand und Aufsichtsrat noch einmal entschieden, ob das Projekt überhaupt in den Wirtschaftsplan 2002 einfließt. Er teilt weiters mit, dass an Dr. Kaniak die Frage gestellt wurde, ob nun die Gefahr besteht, dass auf Grund des Streites das Zentrum für Kärnten verloren gehen könnte und dass Dr. Kaniak geantwortet hat, dass dieser nicht hofft, dass es ablehnende Beschlüsse in den Organen der Aktiengesellschaft geben wird. Wolfgang Dietmar hat als nächstes die Frage gestellt, ob Dr. Kaniak also davon ausgeht, dass Kärnten auf jeden Fall ein Postverteilzentrum erhält und ob es nach den bisherigen Plänen und Vorstellungen Villach sein wird. Dr. Kaniak antwortete, dass es nach dem bisherigen Informationsstand sicher Villach ist. Weiters verliest Bürgermeister Manzenreiter einen Artikel aus dem Standard vom 20.3.2001: „...die Postgeneraldirektion teilt dem Standard mit, die Entscheidung für Villach sei auf Grund wirtschaftlicher und infrastruktureller Erwägungen getroffen worden und daher unumstößlich. Klagenfurt komme allein wegen des starken nächtlichen LKW-Aufkommens und der weiten Anfahrt bis zur Autobahn nicht in Frage“.

An die Anwesenden gerichtet hält er fest, dass er denkt, dass von Seiten des Investors Post am heutigen Tage klare Worte gesprochen worden sind, nachdem lange geschwiegen wurde, was kein Vorwurf sein soll. Er glaubt, dass die Post verwundert festgestellt hat, dass diese in einem Bundesland ATS 300 Mio. investiert und 215 Jobs sichert und dafür noch kritisiert wird. Er hält fest, dass man heute mit dieser Gemeinderatssitzung den Konflikt beenden könnte und er erklärt, dass das ein Aufruf an die gesamte Politik des Landes Kärnten ist. Es muss sich nur der Landeshauptmann neutral erklären. Diese Aufforderung will man heute, wie er hofft, einstimmig beschließen. Er informiert, dass es einen Zusatzantrag gibt, der vorliegen wird, wo die Aufforderung klar da ist, einen Willkommensbrief an die Post zu schreiben, hier zu

investieren, an welchem Standort immer und diesen Standort dann auch von der Landespolitik her zur Kenntnis zu nehmen.

Nun möchte er einige Sätze zur Geschichte festhalten. Er teilt mit, dass Villach von der Post kontaktiert wurde, ob ein geeignetes Grundstück für dieses Postverteilzentrum zur Verfügung gestellt werden kann. Er hat auch mehrfach von Seiten der Post gehört, dass auch hier die Qualität, die in Villach bei Betriebsansiedlungen vorherrscht, hervorragend war. Das heißt, dass die Mitarbeiter der Stadt beste Unterlagen geliefert haben. Mehr war im Grunde genommen nicht zu tun. Er bemerkt, dass dieses Postverteilzentrum interessanterweise erstmals in den Kärntner Medien mit einem innerklagenfurter Streit in der Koalition Klagenfurts aufscheint und er macht darauf aufmerksam, dass es auch beim Jusstudium so war. Villach hat dieses bekommen und dann ist in Klagenfurt zu streiten begonnen worden, wer den Fehler gemacht hat, dass dieses Jusstudium versäumt wurde. Zum Schluss ist die Diskussion so gelaufen, dass gesagt wurde, dass man es eigentlich Villach wegnehmen müsste, weil die es nicht können. Er teilt mit, dass Herr Landtagsabgeordneter Scheider von der FPÖ Klagenfurt das behauptet hat und dass sich inzwischen herausgestellt hat, dass das alles nicht stimmt. Das Interessante ist seiner Meinung nach, dass man wieder einmal einen Klagenfurter Streit nunmehr kärntenweit auszutragen hat. Er verliest die erste Pressemitteilung in diesem Zusammenhang vom 18. Juni des vergangenen Jahres wie folgt: „Neues Postverteilzentrum Kärnten. Klagenfurt und Villach buhlen um ein von der Post geplantes Brief- und Paketverteilzentrum, das in einer der beiden Städte errichtet werden soll. In der Klagenfurter Stadtregierung bahnt sich ein Streit um ein mögliches Grundstück für die Post an“. Er hält fest, dass zuvor alles nur mit der Post ausgemacht worden ist. Es geht um 100 Arbeitsplätze, die hier gefährdet sind und gesichert werden sollen und darum, dass man nicht in Salzburg oder Wien, sondern im Süden investieren soll. Er teilt mit, dass der freiheitliche Klubobmann Christian Scheider via Presseaussendung zur Großzügigkeit aufgerufen hat, um den Postvorstand zu einer Entscheidung für die Landeshauptstadt Klagenfurt zu bewegen. Klagenfurt solle der Post ein günstiges Grundstück zur Verfügung stellen, heißt es darin. Er informiert diesbezüglich, dass der angesprochene Wirtschaftsreferent Walter Zwick gegen die Aktion ist, der Post etwas Günstiges zur Verfügung zu stellen und dass dieser sagt, dass diesen die Aussage des Kollegen Scheider insofern wundert, als dieser gemeinsam mit der Post ein Grundstück gefunden hat und im Stadtse-nat den Antrag gestellt hat, dieses Grundstück für die Post zu kaufen. Seitens des Finanzreferenten der Freiheitlichen Partei wurden die erforderlichen finanziellen Mittel nicht bewilligt. Für diesen ist das Populismus, denn es gibt nicht einen Anlauf von diesem, sondern mehrere, und es gab auch Gespräche mit dem Finanzreferenten der Freiheitlichen Partei. Diesbezüglich bemerkt er, dass eine entscheidungsfähige Mehrheit in Villach bisher gesichert hat, dass Investoren nicht öffentlich abgehandelt worden sind. Man hat in Villach die

Situation, dass alles, was man mit einem Unternehmen redet, solange das Unternehmen es will, vertraulich bleibt. In Klagenfurt wird gestritten, dort zündet der freiheitliche Klubobmann den ÖVP-Wirtschaftsreferenten an und die ganze Sache ist von Villach auszubaden.

Er möchte die Position, die von ihm seit dem 18.6. bis heute eingenommen worden ist, vorlesen und er betont noch einmal, dass das kein Streit zwischen Klagenfurt und Villach ist, sondern dass es um die Frage geht, wie sich der Landeshauptmann in dieser Konkurrenzsituation verhält. Er verliest, was er damals gesagt hat: „Villach will keinen Städtestreit. Klagenfurt will nun ein Alternativgrundstück anbieten. Villach sieht diesem Konflikt gelassen zu. Bürgermeister Helmut Manzenreiter will sich nicht öffentlich äußern und auch keinen Kampf der Städte daraus machen. Die Post habe ein Angebot von Villach bekommen und solle sich nun objektiv entscheiden“. Er erklärt, dass das die ersten Pressemitteilungen waren und man daran den Qualitätsunterschied, wie man in beiden Städten öffentliche oder private Investitionen behandelt, sieht. Das ist die Situation, in der er noch einmal sagt, dass hier Qualitätsunterschiede da sind und man auch erkennen kann, dass Unternehmen vielleicht zu einer Stadt, die deren Anliegen ernst nimmt und nicht sofort zu einem parteipolitischen Streit und zu einer Auseinandersetzung macht, mehr Vertrauen entwickeln.

Er berichtet, dass am 9. Februar 2001 der Vorstandsvorsitzende und der Vorstandsdirektor Dr. Anton Weis und Dr. Jörn Kaniak an ihn den Brief geschrieben haben, der sehr oft in der Öffentlichkeit zitiert worden ist. In diesem Brief wird mitgeteilt, dass von insgesamt sechs Punkten Villach in fünf Punkten besser sei und daher der Vorstand der Post den Beschluss gefasst hat, in Villach zu bauen. Die Grundlage für diesen Beschluss waren Untersuchungen, die von der Post intern vorgenommen worden sind, und Untersuchungen, die durch externe Fachleute, die die Post beschäftigt hat, vorgenommen wurden. Er teilt mit, dass man dort davon ausgeht, dass dieses Zentrum in Villach errichtet wird und dass bereits auch die Bauzeit angegeben wird.

Dann war vom 10. Februar bis zum 7. März 2001 Ruhe und er erklärt, dass man sich in Villach schon sehr gefreut hat, weil die Anstrengungen Früchte gezeitigt haben und weil ein objektives Gutachten in einer privatisierten Post auch Anerkennung findet. Es hat sich dann aber herausgestellt, dass die größten Privatisierer plötzlich zu den größten Intervenierern geworden sind. Er informiert, dass Landeshauptmann Haider – und das war nur die Ouvertüre – plötzlich ein neues objektives unabhängiges Gutachten verlangte. Es wurde zwar nicht gesagt, dass das alte Gutachten nicht objektiv und unabhängig ist, aber es wurde eine neuerliche Überprüfung des Standortes für das neue Zentrum verlangt, wobei gestern zu hören war, dass das nur ein Phantomprojekt

ist. Diesbezüglich meint er, dass sich alle selbst den Reim darauf machen sollen, welchen Wahrheitsgehalt all diese Aussagen haben.

Er berichtet, dass es dann bei der Messeeröffnung weitergegangen ist und dass dort Partei ergriffen worden ist. Villach ist damals mit dem Mühlviertel verglichen worden und Verschiedenes andere mehr. Scheinbar hat aber das Ganze doch System gehabt, denn plötzlich ist dann am Samstag ein Interventionsbrief, der auch in der Öffentlichkeit längst abgehandelt wurde, bekannt geworden. Er verliest den Schluss aus diesem Interventionsbrief wie folgt: „als zuständige Ministerin darf ich dich bitten, die oben angeführten Überlegungen dem Vorstand der Österreichischen Post AG näher zu bringen, um so das Verteilerzentrum in Klagenfurt anzubieten“. Er teilt mit, dass er in den letzten Stunden darüber belehrt worden ist, dass das keine Intervention ist. Daraufhin hat er zu einer Zeitung gesagt, dass dann seine Großmutter ehrenhalber auch ein Autobus ist, wenn das keine Intervention ist. Er denkt, dass das eine klassische Intervention für einen Standort und gegen die Stadt Villach ist. Das alles ist an dem Tag gekommen, nachdem vorher massiv bestritten wurde, dass irgendeine politische Intervention da war. Seiner Meinung nach wäre es auch keine Schande, wenn man sich öffentlich dazu bekennt. Ihm ist nämlich gesagt und auch schriftlich mitgeteilt worden, dass überhaupt nicht interveniert worden ist und dass er sagen solle wo und wie. Er denkt es ist aber medial entsprechend abgehandelt worden, wo, wann und wie interveniert worden ist.

Er betont noch einmal, dass der Wettbewerb zwischen den Städten Klagenfurt und Villach, sofern dieser fair abgewickelt wird, positiv und ganz normal ist. Villach will sich heute auch nicht gegen diesen Wettbewerb wenden, sondern will Chancengleichheit von der Landespolitik und im Besonderen vom Landeshauptmann bekommen. Er stellt fest, dass dieser Streit zwischen Klagenfurt und Villach, der jetzt in den Medien abgehandelt wird – diesbezüglich bemerkt er, dass die Medien immer einen Streit haben wollen, egal ob dieser stattfindet oder nicht – eigentlich nur durch die einseitige Intervention des Landeshauptmannes entstanden ist. Die Beweise dafür, wie den Interventionsbrief von Frau Bundesministerin Dr. Forstinger, hat er vorgelegt und die Äußerungen, dass sich die Landesgewerkschaft für Klagenfurt entschieden hat und der Brief nur auf deren Ersuchen geschickt worden ist, sind auch falsch – das ist ihm heute noch einmal versichert worden. Er informiert, dass sich die Landesgewerkschaft immer so verhalten hat, wie man es gerne vom Kärntner Landeshauptmann hätte. Diese hat nämlich gesagt, dass dieser die Kolleginnen und Kollegen in Villach und Klagenfurt gleich viel wert sind. Interveniert haben die Kolleginnen und Kollegen vom Standort Klagenfurt. Das ist aber kein Problem, die dürfen das.

Er betont noch einmal, dass die Auseinandersetzung in dieser Frage sofort beendet ist, wenn Landeshauptmann Dr. Haider den von Villach verlangten Brief schreibt, wobei man diesem sogar einen Muster dieses Briefes mit auf den Weg gibt. Landeshauptmann Dr. Haider soll schreiben, dass diesem jeder Standort Recht ist. Er stellt an die Anwesenden die Frage, ob es ein unbilliges Verlangen des Villacher Gemeinderates ist, dass man sagt, dass alle gleichberechtigte Kärntner sind und dass sich der Landeshauptmann in dieser Sache heraushalten oder erklären soll, dass es diesen freut, wenn in Kärnten investiert wird, an welchem Standort immer. Er bemerkt, dass man ihm diesbezüglich heute die Antwort geben wird. Er muss das immer wieder bringen, weil man manches Mal schon glaubt, dass man am falschen Dampfer ist, wenn man sagt, dass man auch ein Recht darauf hat, gleich behandelt zu werden wie die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt. Er denkt daher, dass man heute zu Recht davon ausgeht, dass man einstimmig diese Resolution beschließen kann, dass auch das Land Kärnten und der Landeshauptmann ein Interesse daran haben, dass dieser für alle nicht wirklich erfreuliche Konflikt beendet wird und dass die Erklärungen der Post AG erfreulich sind, in Kärnten eine hohe Investition vorzunehmen, mit der Chance, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überregional wirksam sein können. Er bemerkt, dass Letzteres von Beginn an nicht so klar gewesen ist und sich erst die Postgewerkschaft mit dem Kollegen Lassnig massiv dafür eingesetzt hat. Er hofft auch, dass man damit all die Falsch- und Desinformationen, die in der Gegend herumgeschwirrt sind, auch beenden kann. Daher ersucht er, dem Antrag und auch dem Zusatzantrag zuzustimmen. Dieser Zusatzantrag ist die Grundlage dafür, dass man in Kärnten wieder das Vertrauen haben kann, dass von der Landespolitik alle Bürgerinnen und Bürger gleichbehandelt werden und dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Villach bei der Post das Gefühl haben können, dass die postinterne fachliche Ebene entscheidet und nicht irgendwelche parteipolitischen Gremien, die möglicherweise in der letzten Zeit Tauschgeschäfte auf dem Rücken der Villacher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemacht haben. Er denkt, dass man ein an und für sich für die Stadt negatives Kapitel in ein positives umwandeln könnte und er würde sich freuen, wenn die Post sehr rasch am Standort Villach zu bauen beginnen kann.

Vizebürgermeister Pfeiler dankt Bürgermeister Manzenreiter für die sehr ausführliche und sachliche Darstellung einer wichtigen Angelegenheit für Villach und möchte die Gelegenheit nutzen, um diesem zu danken. Durch dessen intensive Arbeit und durch dessen Engagement war es letztendlich möglich, dass dieser unglaubliche Interventionsskandal auch entsprechend an die Öffentlichkeit gekommen ist und gleichzeitig die Post deren Weg unbeirrt gehen kann.

Gemeinderat Dr. Löberbauer erklärt, dass er es eigentlich gar nicht versteht, dass man in einer Sache so viel politisch agieren muss, die

eigentlich das Selbstverständlichste der Welt ist. Er informiert, dass er vor wenigen Wochen mit einem Kollegen mit dem Auto nach Wien unterwegs gewesen ist und dass da über die Kärntner Landesnachrichten die Mitteilung gekommen ist, dass Villach dieses Postverteilerzentrum bekommen soll. Damals hat er zu seinem Kollegen gesagt, dass es so scheint, als wären die Villacher wieder ein bisschen schneller als die Klagenfurter gewesen. Nähere Details hat er aber noch nicht gehabt und sein Kollege hat dann gesagt, dass diese Angelegenheit noch nicht ausgestanden ist. Er bemerkt, dass sein Kollege leider Recht bekommen hat.

Er erklärt, dass sich das Ganze für die Österreichische Volkspartei und für ihn auf wenige Sachfragen reduziert. Er zählt wie folgt auf: ein österreichisches Unternehmen hat zwei Standorte geprüft, an einem Standort ist offensichtlich von der Kommunalpolitik entsprechende Hilfestellung geboten worden, es wurden Informationen geboten und Grundstücke angeboten. Daraufhin hat die Österreichische Post AG als österreichisches Unternehmen eine privatwirtschaftliche Entscheidung getroffen und die Wahl fiel auf den Standort Villach. Damit hat es sich und das soll jeden Villacher freuen. Er teilt mit, dass auch er sich gefreut hat, dass er aber als langjähriger Politiker gespürt hat, dass es nicht so lange dauern wird, bis aus der Klagenfurter Ecke interveniert wird. Er bemerkt, dass das Wort intervenieren heute schon öfter gefallen ist. Er würde es absolut verstehen, wenn das Interventionsschreiben von Frau Bundesministerin Forstinger, welches Bürgermeister Manzenreiter vorgelesen hat und welches für ihn einwandfrei ein Interventionsschreiben ist, von Bürgermeister Harald Scheucher, dem Bürgermeister der Landeshauptstadt, unterschrieben wäre. Das würde er akzeptieren, weil das das legitime Recht des Klagenfurter Bürgermeisters wäre. Er meint aber, dass es auch das legitime Recht und die Pflicht der Villacher Kommunalpolitiker, die von der Villacher Bevölkerung gewählt worden sind, ist, für Villach, für den Standort Villach und auch für die Mitarbeiter der Post AG am Standort Villach zu kämpfen und einzuschreiten.

Seiner Meinung nach müsste, so wie er das einschätzt und er würde sich schwer täuschen, der vorliegenden Amtsvortrag mit der Bitte um Neutralität von allen heute anwesenden Gemeinderäte unterstützt werden. Er würde sich freuen, wenn alle von jetzt weg in zehn Minuten einen Kaffee trinken gehen könnten. Er meint, dass es einfach selbstverständlich sein müsste, dass man für Villach kämpft, wenn man in Villach als Gemeinderat gewählt ist.

Er teilt mit, dass er sicherlich noch einige Inhalte zu bieten hätte, dass er aber fürs Erste die gesamte Angelegenheit wirklich auf der sachlichen Ebene lassen möchte. Es handelt sich hier um eine Unternehmensentscheidung für Villach – nicht mehr und nicht weniger. Er möchte sich nicht weiter verbreiten und er möchte auch nicht in den Wettstreit mit Klagenfurt kommen. Er hält

fest, dass er das Agieren der Klagenfurter noch verstehen könnte, nur seiner Meinung nach hätten diese etwas früher agieren müssen, aber das ist in Wahrheit deren Problem. Er möchte sich nicht weiter ausbreiten, er informiert aber für den Fall, dass wider Erwarten die Sitzung noch länger als zehn Minuten dauert, dass er schon noch einige Argumente bringen könnte.

Er informiert, dass dieses Thema gestern in seiner Fraktion besprochen wurde und dass es keinen Klubzwang gibt. Die ÖVP-Gemeinderäte mögen entscheiden, wie diese als frei gewählte Gemeinderäte in dieser Frage und in deren Verantwortlichkeit für Villach entscheiden. Er geht davon aus, dass alle 45 Villacher Gemeinderäte heute für den vorliegenden Amtsvortrag sind und er dankt für die Aufmerksamkeit.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bemerkt, dass es seit dem 8. April des Jahres 1999 in Kärnten einen freiheitlichen Landeshauptmann gibt und dass unter diesem Landeshauptmann das schönste Bundesland Österreichs, als solches wird es täglich vom ORF bezeichnet, von dessen roter Schlusslichtposition auf vollen Erfolgskurs gebracht werden konnte. Sie berichtet, dass Kärnten seit dem Jahre 1945 den höchsten Beschäftigungsstand verzeichnet und dass Landeshauptmann Dr. Jörg Haider in Kooperation mit dem AMS der Arbeitslosigkeit und ganz speziell der Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten massivst zu Leibe gerückt ist. Weiters erklärt sie, dass das neue Kärntner Familienpaket ein Meilenstein in der österreichischen Familienpolitik ist und dass dieses Kärnten an die Spitze aller österreichischen Bundesländer reiht. Kärnten ist das erste Bundesland mit einer eigenen Technologiemilliarde. An die Damen und Herren des Gemeinderates, speziell an die Damen und Herren der SPÖ gerichtet, erklärt sie, dass Kärnten wieder da ist. Kärnten genießt bei den Bundesstellen in Wien einen Stellenwert, wie seit vielen Jahren nicht mehr.

In einem Zwischenruf wird aus dem Plenum die Frage gestellt, ob dies eine Landtagsrede ist.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bemerkt an den Fragesteller gerichtet, dass sich dieser zu Wort melden kann und sie diesem dann zuhören wird.

Sie fährt in ihrer Rede fort und informiert, dass für den Ausbau der Verkehrsnetze ATS 3,5 Mio. investiert werden und dass der Finanzminister ATS 600 Mio. als Sonderpaket für ein notwendiges Aufholprogramm für Kärnten bereitgestellt hat. ATS 1,6 Milliarden Schilling, dafür hat der Villacher Gemeinderat auch einmal eine Resolution verabschiedet, fließen nun in den Bau der Koralmbahn. Sie stellt an die Anwesenden die Frage, wer in der Vergangenheit die verantwortlichen Politiker auf Landes- und vor allem auf Bundes-

ebene waren. Sie bemerkt, dass die SPÖ-Politiker im Lande Kärnten und auch Bürgermeister Manzenreiter bei den SPÖ-Kanzlern, ob es seinerzeit Bundeskanzler Dr. Vranitzky oder vor einiger Zeit Bundeskanzler Mag. Klima war, nichts erreicht haben. Sie stellt an Bürgermeister Manzenreiter die Frage, wo die Finanzierungszusage des Ex-Kanzlers Mag. Klima für den Carinthischen Sommer blieb und stellt fest, dass diese nie eingetroffen ist und dass das Land Kärnten unter Landeshauptmann Haider einspringen musste. Sie ist der Meinung, dass einige SPÖ-Politiker die positive Entwicklung im Bundesland Kärnten, den historischen Schuldenabbau um ATS 10,8 Mrd. von ATS 14,8 Mrd. auf ATS 4 Mrd. sowie keine Netto-Neuverschuldung ab dem Jahre 2002 anscheinend nicht verkraften können. Dazu kommen natürlich auch noch die Wahniederlagen auf Landes- und Bundesebene. An die Damen und Herren der SPÖ gerichtet hält sie fest, dass das Land Kärnten versucht, alle Initiativen von Kärntens Gemeinden ausgewogen zu unterstützen. Das Land Kärnten und Landeshauptmann Dr. Haider haben sich gegenüber Villach – und wenn Gemeinderat Sobe auch darüber lacht – stets vorbildlichst verhalten. Das CTR in Villach wurde mit ATS 11,3 Mio. saniert. Das Land hat sich massiv um die EU-Förderungen für Infineon von ATS 135 Mio. eingesetzt. Sie informiert, dass das Land Kärnten bereit ist, für Projektfinanzierungen in den nächsten Jahren insgesamt ATS 100 Mio. zu zahlen und dass für die Gewerbeaufschließungsstraße in Villach von Bund und Land Kärnten ATS 200 Mio. fließen werden. Sie stellt die Frage, wer das für die Stadt so notwendige Geld nach Villach gebracht hat. Sie hält fest, dass nicht der sozialistische Bürgermeister von Villach, sondern der freiheitliche Landeshauptmann Dr. Jörg Haider mit starkem Engagement von Vizebürgermeister Lang die Bundes- und Landesgelder nach Villach gebracht haben. Gott sei Dank. Und da hat der Bürgermeister der Stadt Villach noch die Stirn – und das versteht sie nicht ganz – und erklärt, als das Thema Postverteilzentrum noch gar nicht aktuell war, via Medien eine Kampfansage gegen den Landeshauptmann von Kärnten und inszeniert, gelinde ausgedrückt, eine Schlammschlacht. Sie teilt mit, dass nicht Kriegserklärungen und Schlammschlachten gefragt und erwünscht sind, sondern dass es um beschäftigungswirksame Maßnahmen in Kärnten und nicht um parteipolitische Spiele geht. Sie meint, dass das Bürgermeister Manzenreiter endlich erkennen und sich an gebotene Spielregeln halten sollte. An diesen gerichtet bemerkt sie, dass dieser ganz genau weiß, dass es im Vorjahr seitens des Postgeneraldirektors eine Zusage an den Infrastrukturminister für ein Projekt in Klagenfurt gegeben hat. Damals hat es von Bürgermeister Manzenreiter überhaupt keine Reaktion gegeben.

An die Anwesenden gerichtet hält sie fest, dass es von Seiten des Landeshauptmannes keinerlei Intervention bei den zuständigen Postorganen in Wien gegeben hat. Das ist Faktum. Sie teilt mit, dass Dr. Haider lediglich die an ihn herangebrachten Anliegen des Vertrauenspersonenausschusses des Postamtes Klagenfurt an die Infrastrukturministerin weitergegeben hat. Das war es und

das ist es. Sie meint, dass es eigentlich bezeichnend ist, dass sich diese Menschen an den Landeshauptmann gewandt haben und nicht an die SPÖ-Politiker im Lande. Der freiheitliche Landeshauptmann musste die Gewerkschaftsgegnossen der SPÖ vertreten.

Gemeinderat Kofler stellt in einem Zwischenruf die Frage, ob dieser nun interveniert hat oder nicht.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bemerkt an Gemeinderat Kofler gerichtet, dass dieser es verstanden hätte, wenn dieser zugehört hätte.

An Bürgermeister Manzenreiter gewandt hält sie weiters fest, dass es wohl so sein wird, dass dieser in dessen unbegrenzter Eitelkeit, die allgemein bekannt ist, es bis heute nicht verwunden hat, dass dieser von dessen eigenen Parteigenossen im Lande als Landesparteiobmann nicht erwünscht war. An die Damen und Herren der SPÖ gerichtet bemerkt sie, dass diese nicht so scheinheilig tun sollen. Weil heute das Fernsehen da ist, sind diese ein bisschen gemäßigter. Ansonsten müsste man diese im Villacher Gemeinderat einmal hören.

Sie ersucht Bürgermeister Manzenreiter, dessen Aggressivität gegenüber Landeshauptmann Dr. Haider endlich einzustellen und gemeinsam mit dem Land konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die Bewältigung offener Fragen zum Wohle aller Villacher Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

An die Damen und Herren des Gemeinderates gerichtet erklärt sie, dass es Tatsache ist, dass es bezüglich des Postverteilerzentrums noch viele offene Fragen gibt und dass diese auch Bürgermeister Manzenreiter heute zugegeben hat.

In einem Zwischenruf aus dem Publikum wird von einem Bediensteten der Post die Frage gestellt, ob die Postler in Villach Bürger zweiter Klasse sind.

Frau Gemeinderätin Steinkellner meint, dass man auch mit den Klagenfurtern reden muss, die zu Landeshauptmann Dr. Haider intervenieren gegangen sind.

Vizebürgermeister Pfeiler ersucht aufgrund des Lärmes im Saal, dass man die Rednerin ausreden lässt und macht darauf aufmerksam, dass sich jeder in die Rednerliste eintragen lassen kann.

Frau Gemeinderätin Steinkellner wiederholt, dass es bezüglich des Postverteilerzentrums viele offene Fragen gibt und dass noch

nichts entschieden ist. An Bürgermeister Manzenreiter gerichtet bemerkt sie, dass sie hofft, dass dieser durch dessen Agieren nicht das gesamte Projekt für Kärnten in Frage gestellt hat. Sie erklärt nochmals, dass nicht Kriegserklärungen und Schlamm Schlachten zu einem positiven Ziel führen, sondern dass Fakten auf den Tisch gehören. Sie stellt an Bürgermeister Manzenreiter die Frage, ob dieser einen Investitionsbeschluss des Postaufsichtsrates, nicht des Vorstandes, in Händen hat, wonach ATS 300 Mio. für Villach zugesichert werden. Wenn dies der Fall ist, ersucht sie, dass dieser auf den Tisch kommt. Dann werden die Freiheitlichen in Villach selbstverständlich und natürlich mit Freuden dieses Projekt befürworten.

Weiters erklärt sie an Bürgermeister Manzenreiter gerichtet, wenn dieser nicht mehr daran interessiert ist dass das Land Kärnten die Verwaltung des Technologieparks mit einem Kostenaufwand von ATS 5,3 Mio. übernehmen soll, soll dieser das hier mit dessen Fraktion beschließen und dem Land Kärnten mitteilen, dass von dessen Seite keine Kooperation mit dem Land Kärnten erwünscht ist. Eine diesbezügliche Meldung von diesem ist vor kurzem auch in die Öffentlichkeit gegangen. Sie glaubt, dass sich andere Gemeinden in Kärnten um diese Investitionssumme reißen und sich darüber freuen werden.

Gleichzeitig müsste Bürgermeister Manzenreiter aber auch den Villacherinnen und Villachern mitteilen, warum diese für soviel Geld, immerhin ATS 5,3 Mio., zur Kasse gebeten werden. Sie appelliert an Bürgermeister Manzenreiter, Vernunft anzunehmen und sich nicht von Kampfansagen leiten zu lassen. Kampf interpretiert sich von selbst als Krieg und Zerstörung. Sie teilt mit, dass Bürgermeister Manzenreiter trotz aller Anwürfe gegen Landeshauptmann Dr. Haider dessen schriftliche Zusage hat, in diesem einen Verbündeten zu haben, wenn es um gerechte Anliegen der Villacher Bürger geht. Diese schriftliche Zusage hat Bürgermeister Manzenreiter in Händen. An alle im Raum gerichtet teilt sie mit, dass Landeshauptmann Dr. Haider der Landeshauptmann aller Kärntner und damit auch aller Villacherinnen und Villacher ist. Sie erklärt weiters, dass das, was sie vorher aufgezählt hat, nur ein Teil von dem ist, was an Geldern nach Villach geflossen ist. Das beweist ihrer Meinung nach, dass Landeshauptmann Dr. Haider im Lande unpolitisch agiert und der Landeshauptmann für alle Bürger ist und somit auch für alle Villacherinnen und Villacher.

Ein Kollege der Delegation der Villacher Postler kommt nach vorne, übergibt Bürgermeister Manzenreiter eine Postmütze und erklärt, dass die Villacher Postler froh sind, dass diese so einen Bürgermeister in Villach haben.

Vizebürgermeister Pfeiler ersucht Bürgermeister Manzenreiter, den Vorsitz zu übernehmen, da er das Wort ergreifen möchte.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Vizebürgermeister Pfeiler erklärt den Anwesenden, dass diese jetzt ein Schauspiel erlebt haben, das diese in diesem Gemeinderat eigentlich noch nie hatten. Zum Ersten stellt er fest, dass für die Villacher Freiheitlichen eine Landespolitikerin die Stellungnahme abgegeben hat und dass Vizebürgermeister Lang als Parteiobmann und auf die Villacher Verfassung eingeschworen, bis jetzt dazu geschwiegen hat. Man hat die offizielle Stellungnahme von den Freiheitlichen bereits gehört.

Stadtrat Ladstätter teilt in einem Zwischenruf mit, dass das noch kommen wird.

Vizebürgermeister Pfeiler bemerkt an Stadtrat Ladstätter gewandt, dass er schon versteht, dass diesem die Nerven blank liegen, weil die FPÖ-Mandatare heute in dieser Angelegenheit ein dunkles Kapitel in der politischen Stadtgeschichte geschrieben haben. Er stellt fest, dass diese den Villacher Weg schon lange verlassen haben und dass es jetzt nur deutlich transparent und für die Villacherinnen und Villacher deutlich bemerkbar wird. Er ist der Meinung, dass die FPÖ nach alter FPÖ-Manier mit einer Seitendiskussion beginnt, mit SPÖ-internen Angelegenheiten und mit einer Personalvertretung, die beim Landeshauptmann interveniert hat, um die Fakten zu vernebeln und um dieses so schändliche Spiel für die Bevölkerung nicht erkennbar zu machen. Er stellt fest, dass die FPÖ auch nicht vor persönlichen Angriffen zurückschreckt. Es wird von Schlammschlachten, von unbegrenzter Eitelkeit usw. gesprochen. Er ist der Meinung, dass es die FPÖ-Fraktion in Wirklichkeit aufgegeben hat, für die Stadt, für die Anliegen der Villacherinnen und Villacher und damit für die Anliegen der Villacher Arbeitnehmer zu kämpfen. Er stellt die Frage, was es den Villachern hilft, wenn hier Leistungen aufgezählt werden, die schon längst vor der Zeit von Landeshauptmann Dr. Haider eingeleitet wurden, wenn hier eine Landtagsrede, eine Partei- oder Wahlrede gehalten wird und dabei den Villacherinnen und Villachern und insbesondere den betroffenen Mitarbeitern der Post in Villach keine Antwort gegeben werden kann, ja nicht einmal eine Antwort gegeben werden will. Er bemerkt, dass die FPÖ-Fraktion für Villach nicht kämpfen will und so tun wird wie in der Vergangenheit. Wenn das Projekt fertig ist, stellen sich diese auf die Seite derer, die es umgesetzt haben. Er stellt fest, dass das in den letzten Jahren in vielen Dingen der Fall war und er zählt als Beispiel den Kelag-Verkauf und das Congress-Center auf.

Er teilt mit, dass es ihm ein bisschen weh getan hat, als er am Beginn dieser Gemeinderatssitzung auf der rechten Reichshälfte gehört hat, wie gesagt wurde, dass da draußen die Berufsdemonstranten und die Donnerstagsdemonstranten stehen. An die Mitglieder der FPÖ-Fraktion gerichtet erklärt er, dass man so etwas nicht tut, wenn Leute deren Sorge öffentlich Ausdruck geben. Wenn man zu Postbediensteten, die sich für deren Interessen einsetzen und die Sorgen haben, sagt, diese wären Berufsdemonstranten, findet er das schändlich. Er hält fest, dass er gehört hat, wie das untereinander gesagt wurde.

Es ist seiner Meinung nach eine beispiellose Doppelmoral, wenn aus der Partei der Oberprivatisierer, denn die Freiheitlichen verkaufen momentan in Österreich und auch in Kärnten alles, was nicht niet- und nagelfest ist, eine Partei der Oberintervenierer wird, die versucht, mit übelsten Mitteln zu intervenieren und politischen Druck zu machen. Er stellt die Frage in den Raum, was denn dann ein politischer Druck ist, wenn nicht dieser Brief. Es gibt nur zwei Beweisstücke, zwei Kronbeweisstücke, in dieser Auseinandersetzung. Das ist zum Ersten der Brief des Postvorstandes, der mitteilt, dass sich dieser für Villach entschieden hat. Dieses Papier hat man schwarz auf weiß und diese Aussage wird medial bestätigt. Zum Zweiten gibt es einen Brief, den Landeshauptmann Dr. Haider tagelang bestritten hat und in dem dieser politisch bei dessen Parteifreundin, Frau Bundesministerin Forstinger, interveniert hat. Er stimmt der Aussage von Frau Gemeinderätin Steinkellner zu, die die guten Kontakte von Landeshauptmann Dr. Haider zur Bundesregierung erwähnt hat und bemerkt, dass diese noch nie so gut waren. Diese guten Kontakte wollte Landeshauptmann Dr. Haider nutzen, um Villach zu schaden. Das ist Faktum.

Er bemerkt, dass es in Wirklichkeit darum geht, dass hier eine unglaubliche und skandalöse Politeinmischung durch den Altparteiobmann der FPÖ, Herrn Landeshauptmann Dr. Haider, in privatwirtschaftliche Entscheidungen eines Privatunternehmens vorgenommen worden ist. Faktum ist, dass der Vorstand der Post eine ausschließlich sachlich begründete, betriebswirtschaftliche und logistische Entscheidung für Villach getroffen hat. Das ist die einzige Wahrheit, die hier im Raum steht. Besonders peinlich ist es für die FPÖ und deren Altparteiobmann Dr. Haider, und da versteht er die Nervosität der FPÖ, dass man diesen gleich viermal ertappt hat. Wenn Bürgermeister Manzenreiter das nicht zitiert hätte, hätte man vielleicht gar nicht gemerkt, dass die Entscheidung im Hintergrund von Villach nach Klagenfurt umgedreht worden wäre. Gott sei Dank wurde das von Bürgermeister Manzenreiter öffentlich gemacht. Er hält fest, dass man die FPÖ gleich viermal dabei ertappt hat, wie diese unanständig war. Das erste Mal erwischte man Landeshauptmann Dr. Haider, als dieser schamlos gegen Villach intervenierte. Damit hat dieser ein für alle Mal den Anspruch verloren, Landeshauptmann für alle Kärntner zu sein und

damit hat dieser dem Wirtschaftsstandort Villach schweren Schaden zugefügt. Weiters informiert er, dass man den Landeshauptmann und Parteiobmann der FPÖ, Herrn Dr. Haider, ein zweites Mal bei einer unverhohlenen politischen Intervention der übelsten Art erwischt hat. Das ist nicht nur schriftlich in einem Brief festgehalten, sondern das ist auch über die Medien bekannt geworden, wo dieser die Postführung und die Post schlechthin abqualifizierte und sagte, dass diese kein Geld und nichts zu reden habe usw. Er bemerkt, dass das alles nachzulesen ist. Ein drittes Mal hat man den Landeshauptmann und Parteiobmann Dr. Haider erwischt, indem dieser nachweisbar in der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt hat. Dieser hat gesagt, dass dieser nie interveniert habe. Als Beweise gibt es den Brief an Bürgermeister Manzenreiter, die öffentlichen Aussagen von Landeshauptmann Dr. Haider und jetzt auch das vorliegende Schreiben. Er stellt fest, dass Landeshauptmann Dr. Haider mit dessen Aussage, dass dieser nie interveniert habe, die Unwahrheit gesprochen hat. Ein viertes Mal hat man diesen dann erwischt und ertappt, als dieser entweder bewusst oder in Unkenntnis – diesbezüglich soll sich jeder selber die Meinung dazu bilden – mit falschen Fakten öffentlich operiert hat. Dieser hat gesagt, dass es derzeit in Kärnten nur ein Verteilerzentrum gibt, dass dieses in Klagenfurt ist und modernisiert werden soll. Er stellt fest, dass auch das nicht stimmt. Dies geschah entweder in Unkenntnis oder durch bewusste Tatsachenverdrehung. Er hält fest, dass das falsch ist, weil es momentan zwei gleich große Postverteilzentren, die in Kärnten noch Umleitungen heißen, gibt. Er ist der Meinung, dass auch das ein Versuch war, mit falschen Fakten die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Nachdem Bürgermeister Manzenreiter diesen erwischt und gestellt hat, wurde diese Causa zu einer hochnotpeinlichen Angelegenheit für den Altparteiobmann Dr. Haider und er bemerkt, dass sofort die seit Jahren in Österreich so satksam bekannte FPÖ-Vernebelungsaktion in Kraft getreten ist. Er beschreibt diese wie folgt. Zuerst einmal leugnet man auf Teufel komm raus, auch wenn die Beweislast erdrückend ist. Als Beispiel führt er die Aussage, dass es keine Intervention gibt, an und bemerkt, dass auf Teufel komm raus geleugnet wird. Die zweite Stufe dieses Programms ist, andere zu beschuldigen und dafür jeden Beweis schuldig zu bleiben. Als Beispiel führt er hierzu die Aussage an, dass Bürgermeister Manzenreiter politisch interveniert hätte und bemerkt, dass das nirgendwo bewiesen wurde. Er ist der Meinung, dass es gar nicht schlimm wäre, wenn der Bürgermeister der Stadt sich für die Villacherinnen und Villacher in dieser Form einsetzen würde. Er berichtet, dass seitens der FPÖ nach dem Motto „Haltet den Dieb - der war es und nicht ich“ vorgegangen wurde und dass kein Beweis vorgelegt wurde. Die dritte Strategie der FPÖ ist jene, dass die Angelegenheit abgewertet und gesagt wird, dass es noch keine Entscheidung, keinen Vorstands- bzw. keinen Aufsichtsratsbeschluss gibt. Er bemerkt, dass das auch Frau Abgeordnete Gemeinderätin Steinkellner heute praktiziert hat. Diese hat die Angelegenheit abgewertet und gesagt, dass die Post kein Geld hätte und noch nichts entschieden sei. Das ist die dritte Stufe mit der die FPÖ

hofft, dass sich dann möglichst niemand mehr auskennt und dahinter kommt was wieder einmal gemacht wurde. Es wird von Seiten der FPÖ gehofft, dass man wieder von dannen ziehen kann und die Spuren verwischt hat. Er stellt fest, dass Villach Opfer eines Schwarz-Blauen-Politdeals werden sollte, nachdem sich in Klagenfurt die Koalition in dieser Frage zerkracht hat.

Was Villach vom Kärntner Landeshauptmann verlangt, ist, dass dieser alle gleich behandelt und erklärt, dass man sich eigentlich erwartet hätte, dass die FPÖ in dieser Angelegenheit mitmacht. Der Landeshauptmann muss Villach nicht bevorzugen, dieser soll die Villacher nur gleich behandeln wie die Klagenfurter und für gleiche Chancen in diesem Lande sorgen. Nichts anderes ist heute Thema. Heute soll niemand beleidigt werden und niemandem etwas oktroyiert werden. Es geht nur darum, dass Villach die gleichen Chancen wie dem übrigen Kärnten eingeräumt werden. Er meint, dass das nur ein Part ist, den Landeshauptmann Dr. Haider als Nicht-Landeshauptmann für alle Kärntner gespielt hat.

Was seiner Meinung nach hier im Hause noch höchst aufklärungswürdig ist, ist die Rolle der Villacher FPÖ und dessen Obmannes Walter Lang. Es scheint ihm, dass hier der FPÖ das Hemd, sprich Dr. Haider, näher ist als der Rock, das ist Villach, die Villacher Bürger und in diesem Fall die Postbediensteten. Er stellt fest, dass am Beginn dieser Sitzung zwei Eidformeln abgenommen wurden, damit das Wohl der Villacherinnen und Villacher im Auge behalten wird. An die Mitglieder der FPÖ gerichtet erklärt er, dass auch diese diesen Eid vor einiger Zeit geleistet haben und er bemerkt, dass diese das vergessen haben dürften, denn diese haben das Wohl der Stadt Villach längst aus den Augen verloren. Er meint, dass man die Situation von Herrn Vizebürgermeister Lang noch verstehen könnte, denn dieser ist ohne jegliche politische Erfahrung mit einem Späteinstieg in die Politik, vorerst mit einem Orientierungslauf über SPÖ und ÖVP, zur FPÖ gekommen und dann auf Dr. Haiders Gnaden, sozusagen von Null auf Hundert beschleunigt, Spitzenkandidat und Vizebürgermeister geworden. Die politische Existenz und politische Zukunft von Vizebürgermeister Lang hängt am seidenen Faden des Kadavergehorsams gegenüber dessen Schöpfer Dr. Haider. Er bemerkt, dass es einem da schon passieren kann, dass man vergisst auf die Stadt zu schauen und dass man eigentlich von den Villacherinnen und Villachern gewählt wurde. Ob es anständig ist, dass man das vergisst, steht seiner Ansicht nach auf einem anderen Blatt.

Er bemerkt, dass das wirklich ein Präzedenzfall ist und er ist der Meinung, dass man, sollte man sich in dieser Frage heute nicht einigen, nicht so schnell wieder zur Tagesordnung übergehen sollte. An Vizebürgermeister Lang gerichtet erklärt er, dass die SPÖ es nicht vergessen lassen wird, dass Villach im Ernstfall auf diesen nicht bauen kann und dass dieser in dieser Frage, sofern

dieser heute nicht eine Kurskorrektur vornimmt, zum Handlanger und Beihelfer für eine villachfeindliche Haiderpolitik geworden ist. Er erklärt, dass man Vizebürgermeister Lang heute die Gelegenheit gibt – auch Bürgermeister Manzenreiter hat es in dessen Wortmeldung bereits getan – dass dieser in einem gemeinsamen patriotischen Akt für die Stadt Villach mit allen hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen den Landeshauptmann von Kärnten, dessen Parteifreund Landeshauptmann Dr. Haider, ernsthaft auffordert, sich aus dem Konflikt nur herauszuhalten, sich neutral zu geben und die Post in keiner Weise zu beeinflussen. Das ist sein Appell.

Aufgrund einiger Zwischenrufe aus dem Plenum erklärt er, dass Landeshauptmann Dr. Haider über die zuständige Infrastrukturministerin Forstinger die Post beeinflusst hat. Seiner Meinung nach sind auch öffentliche Äußerungen eines Landeshauptmannes und eines Parteiobmannes, der maßgebend an der Installierung der Bundesregierung beteiligt war, eine Beeinflussung im wahrsten Sinne des Wortes. Er fordert die FPÖ-Fraktion auf, umzukehren, zur Vernunft zu kommen und mit der SPÖ gemeinsam für einen Villacher Weg abzustimmen. Das ist das Ersuchen seitens der SPÖ-Fraktion.

Aufgrund einiger Zwischenrufe aus dem Plenum erklärt Bürgermeister Manzenreiter, dass es darum geht, dass sich Landeshauptmann Dr. Haider neutral verhalten soll. Dieser soll es zur Kenntnis nehmen. Er fordert die Anwesenden auf, diese Resolution zu unterschreiben und an die FPÖ gerichtet appelliert er, dies mitzubeschließen. Dann könnte man sofort nach Hause gehen. Er glaubt, dass die nächste Rednerin, Frau Gemeinderätin Lackner, sofort deren Wort zurückziehen würde, wenn einstimmig beschlossen wird, dass sich Landeshauptmann Dr. Haider neutral verhalten soll.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion festhalten, dass seitens seiner Fraktion sämtliche Wortmeldungen zurückgezogen werden, wenn es von der freiheitlichen Fraktion eine Zustimmung zum vorliegenden Amtsvortrag geben sollte. Denn dann gibt es aus deren Sicht für weitere Diskussionen keinen Grund mehr.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt wieder den Vorsitz.

Frau Gemeinderätin Lackner hält an die freiheitliche Fraktion gerichtet fest, dass die Mitglieder der SPÖ-Fraktion im Gegensatz zu manchen anderen hier im Raume, zum Beispiel zum zweiten Vizebürgermeister dieser Stadt, von dem sie sich hierzu sehr wohl eine Meinung, eine positive Meinung, erwartet hätte, keine aufgesetzten Reden brauchen. Seitens der SPÖ-Fraktion weiß man, was man will und man weiß, was man den

Villacherinnen und Villachern in dieser Stadt schuldig ist und das wird auch vertreten.

Sie empfiehlt den Mitgliedern der freiheitlichen Fraktion, eine Brille zu kaufen, damit diese nicht mehr so kurzsichtig sind und deren eigene kurzsichtige Politik erkennen können. Sie bemerkt, dass Villach in Kärnten liegt und dass sie froh ist, dass Villach im Herzen von Kärnten liegt. Sie ist auch froh, dass man einen sozialdemokratischen Bürgermeister hat und dass sie in diesem Team mitarbeiten und ihre Meinung mitabgeben kann, denn sie glaubt, dass dies eine sehr zielstrebige und sehr gute Politik ist, die hier betrieben wird, auch wenn das nicht sehr viele in diesem Land gerne sehen, wie manche Landespolitiker das tun.

An Frau Gemeinderätin Steinkellner gerichtet hält sie fest, dass es aber heute um Villach und um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land und nicht um irgendwelche parteipolitische Parolen geht. Sie versteht jedoch den Klagenfurter Bürgermeister, wenn dieser sehr sauer auf das ganze reagiert oder wenn dieser mit letzter Luft zu kämpfen probiert, denn wenn einem Bürgermeister die Betriebe und somit auch die Einnahmen weglaufen, dann bedeutet dies ja auch, dass es eine verfehlte Politik in dieser Stadt und teilweise auch in diesem Land gibt. Eine verfehlte Politik, die natürlich auch ein Landeshauptmann in diesem Land leider Gottes mitträgt und dazu noch beiträgt. Ein Landeshauptmann, und das tut ihr besonders Leid daran, dem die Kärntner Arbeitnehmer anscheinend egal sind, denn dieser gefährdet vehement Arbeitsplätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Villacher Mandatare der Freiheitlichen Partei ersucht sie, dass diese sich nun endlich bewusst machen, dass diese nicht irgendein Laufhündchen sind, sondern dass diese den Villacher Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet sind. Sie ersucht diese, heute für Villach und die Arbeitsplätze zu stimmen.

Gemeinderat Brandenberger teilt mit, dass die grundsätzliche Position der ÖVP-Villach bereits durch deren Klubobmann, Gemeinderat Dr. Löberbauer, kundgetan wurde. Er möchte sich auf die Vorrednerin der Freiheitlichen Partei beziehen. Er bemerkt, dass die Rede sehr schön, mit Zahlen und Daten gespickt und lang war. Aber wenn er das auch als Nicht-Lehrer so betrachtet, so hat er eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder muss er diese Rede mit „Thema verfehlt“ beurteilen oder er muss annehmen, dass Frau Landtagsabgeordnete Gemeinderätin Steinkellner heute die falsche Rede erwischt hat.

Er ist der Meinung, dass man es nicht notwendig hat, dass man auf irgendjemanden hinschlägt bzw. dass man gegen irgendjemanden ist. Egal ob es der Bürgermeister von Klagenfurt, oder ob es der Landeshauptmann von Kärnten ist. Eines muss aber, so glaubt er, außer Streit stehen, und zwar, dass man

heute als Vertreter der Villacher Bürger bzw. der Villacher Arbeitnehmer hier ist und als solcher muss er sagen, dass er von der FPÖ-Villach etwas enttäuscht ist. Er hätte sich von dieser schon erwartet, dass diese zu diesem Thema konkret Stellung nimmt und dass diese sich deklariert für wen diese steht und für wen diese eintritt. Im Wettbewerb kann das aus der Sicht der ÖVP nur Villach bzw. Villachs Bürger sein.

Gemeinderat Sobe hält fest, dass er zu dem Zeitpunkt, als der Klubobmann der ÖVP bei diesem Rednerpult war, der Meinung war, dass es wirklich so sein könnte, dass in etwa einer viertel Stunde diese Sitzung zu Ende sein wird. Er hat gedacht, dass es ein Einlenken aller 45 Mandatare dieser Stadt, die quasi einen Eid auf diese Stadt und deren Bürger geschworen haben, geben wird und dass in Einstimmigkeit dieser Antrag von Bürgermeister Manzenreiter und dieser Zusatzantrag, den bis auf die 14 Mandatare der FPÖ alle anwesenden Gemeinderäte unterschrieben haben, beschlossen werden, weil man sich Sorgen um die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt macht. Er erklärt, dass aufgrund dieser Sorge um die weitere Entwicklung der Stadt heute diese Sitzung einberufen worden ist. In vierzehn Tagen wird wieder eine normale Gemeinderatssitzung mit vielen Themen stattfinden, die die Stadt braucht, um weiterzukommen. Die heutige Sondersitzung ist aber aufgrund der Sorge, die von Bürgermeister Manzenreiter getragen worden ist, einberufen worden. Dies deshalb, weil der Landeshauptmann von Kärnten in den letzten vierzehn Tagen mit einem ungeheueren Medienwirbel die Stadt Villach als Wirtschaftsstandort gefährdet und dieser geschadet hat. Er stellt sich die Frage, inwieweit diese politische Intervention des Landeshauptmannes bei Frau Minister Dr. Forstinger der Stadt Villach geschadet hat. Er bemerkt, dass er ausdrücklich Intervention sagt, weil in den letzten Tagen einiges aufgebrochen ist, auch wenn die Frau Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin Steinkellner das anders sieht. Diese tut sich seiner Meinung etwas schwer zu unterscheiden, von welchem Rednerpult diese redet. Er denkt, dass diese vielleicht zwei Herzen in der Brust hat und dass eines schon mehr für Klagenfurt schlägt, weil diese in letzter Zeit in diesem Gemeinderat auch etwas wenig anwesend war und diese sich vielleicht um diese Sachen wenig Sorgen gemacht hat. Das glaubt er, denn er will dieser nicht unterstellen, dass es sich hierbei um Parteilaison handelt, sondern er denkt eher, dass man einiges nicht mehr mitbekommt, was in der Stadt passiert. Man konnte es auch aus den Medien ansehen und er teilt mit, dass er die Artikel auch mit hätte und diese gerne zur Verfügung stellt. Er bemerkt, dass darüber hinaus Frau Gemeinderätin Steinkellner von diesem Rednerpult gesagt hat, dass der Landeshauptmann eine Zusage von dessen Parteifreund, Minister Schmid, gehabt hätte, dass dieser Standort für das neue Postverteilungszentrum in Klagenfurt sein wird. Er ersieht aus dem Brief des Landeshauptmannes Dr. Haider an Frau Bundesministerin Dr. Forstinger nur eine handschriftliche Notiz, in wel-

cher dieser dies behauptet hat. Er ersucht Frau Gemeinderätin Steinkellner, dass der SPÖ auch diese Sache, die von dieser zitiert wurde, vorlegt wird.

Die politische Intervention des Landeshauptmannes ist sicher nicht als solche zum Vorstand der Post AG getragen worden, aber der denkt, dass Frau Bundesministerin Dr. Forstinger sicherlich einiges daran mitzuwirken hatte. Er bemerkt, dass die FPÖ früher die Nebelmaschine wunderschön eingeschalten hat und vieles wieder vom Tisch bringen wollte, was heute Thema dieser Sitzung sein sollte. Er möchte versuchen, den ganzen Verlauf dieser Geschichte mit ein paar Worten zu skizzieren. Der 9.2. war der Tag, an dem alles geschichtlich entstanden ist. Er informiert, dass am 8.2. die Entscheidung im Vorstand gefallen ist und der Bürgermeister der Stadt Villach mit Freude den Medien mitgeteilt hat, dass der Standort für dieses Zentrum Villach sein wird. Einer der Vorstandsdirektoren, Dr. Jörn Kaniak, hat dazu gesagt, dass zudem Vertriebsstrategie, Zeit und Kosten für Villach gesprochen haben, dass die Anbindung an Nah- und Fernlogistik besser gewesen sei, dass es daher einen Kostenvorteil gebe und dass der Qualitätsvorteil vor allem der Zeitgewinn sei. Er hält fest, dass der Postvorstand Bürgermeister Manzenreiter also eine völlig sachliche Entscheidung mitgeteilt hat. Einen Tag später, das war dann der 9.2., hat die Maschinerie zu laufen begonnen.

Er berichtet, dass Bürgermeister Scheucher schon im Juni des vergangenen Jahres versucht hat, den Klagenfurter Gemeinderat zu einem einstimmigen Beschluss zu bewegen, damit Mittel in der Höhe von ATS 30 Mio. für die Zurverfügungstellung eines Grundstückes fließen. Es ist dann zu einem FPÖ-ÖVP-Streit gekommen, welcher schon von Bürgermeister Manzenreiter erklärt wurde und auf den er nicht näher eingehen will. Er glaubt, dass Bürgermeister Scheucher bis zu diesem Zeitpunkt, also bis zum 9.2., wahrscheinlich gewisse Säumigkeiten gehabt hat und gewisse Sachen nicht weiterleiten konnte und dann am 9.2. sofort aufgeschrien und den Nachteil der Stadt Klagenfurt erklärt hat. Seiner Ansicht nach steht das diesem zu. Er denkt, dass es auch erwähnenswert ist, dass schon am selben Tag die Meldung des Landeshauptmannes von Kärnten gekommen ist, dass sich auch dieser für den Standort Klagenfurt entscheidet. Dieser fordert ein bis zwei Tage später ein neues Gutachten und stellt alles, was der Postvorstand gesagt hat, in Frage. Zu diesem Zeitpunkt mischt sich auch wieder Bürgermeister Scheuer ein, was, wie er schon gesagt hat, dessen Recht ist. Er informiert, dass sich dann aufgrund dieses Wettstreites der Bürgermeister der Stadt Villach, der sich natürlich gefährdet gesehen hat, in die mediale Welt eingeklinkt und diese wirtschaftlichen Gründe bekannt gegeben hat. Dieser hat nichts anderes gesagt, als dass dieser Bürgermeister Scheucher in diesem Wettstreit versteht, aber dass dieser den Landeshauptmann nicht versteht, da der Landeshauptmann nicht mehr ein Landeshauptmann für alle Kärntner ist, sondern sich parteipolitisch hinter die Stadt Klagenfurt stellt und somit keine Neutralität mehr beweist. Er berichtet,

dass Landeshauptmann Dr. Haider danach mit einer Zerstörungspolitik in den Medien nachgesetzt hat und das auch auf die Gefahr hin, dass es in Kärnten keinen Standort mehr geben wird. Er erklärt, dass von diesem der Streit zwischen den zwei Städten erst konstruiert wurde. In Wirklichkeit gibt es einen Wettbewerb und keinen Streit. Auf die Behauptung hin, der Landeshauptmann hätte interveniert, agiert dieser wieder mit dessen Nebelmaschine und es gibt am Anfang einmal keine Intervention. Dann gibt es einen Brief an Frau Ministerin Dr. Forstinger. Dann gibt es einen Brief von der Postgewerkschaft, obwohl diese sagt, dass es keinen Brief gegeben hat. Er stellt fest, dass dies schon eigenartige Zustände sind, welche die Sache nun vom Tisch wischen wollen und von der Sache sehr weit weg sind.

Deswegen glaubt er, dass es wichtig wäre, heute gemeinsam von Villach aus an einem Strang zu ziehen. Er möchte auch von dieser Stelle aus eine Frage an den Stadtparteiobmann der FPÖ richten. Zur Position des Stadtparteiobmannes bemerkt er, dass das seines Erachtens eine sehr wichtige Position ist und er bemerkt, dass es sehr schnell gegangen ist, dass ein Nicht-Parteimitglied in zweieinhalb Jahren jetzt Stadtparteiobmann ist. Das hat auch schon Vizebürgermeister Pfeiler gesagt. Er teilt mit, dass er sich noch erinnern kann, wie im Wahlkampf gesagt worden ist, dass Vizebürgermeister Lang aufgrund dessen Nicht-Parteizugehörigkeit für die Menschen in Villach so viel tun können wird. Er stellt also an Vizebürgermeister Lang die Frage, was sachlich dagegen spricht, dass die FPÖ heute nicht mitstimmt. Weiters fragt er, ob es darum geht, dass Vizebürgermeister Lang in Parteilaison irgendwem im Land verpflichtet ist.

Er richtet daher an alle Mandatäre der freiheitlichen Fraktion die Bitte, an einem Strang zu ziehen und zu versuchen, über die Parteigrenzen hinweg heute eine Sache, die für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt sehr wichtig sein wird, gemeinsam zu beschließen. Er teilt mit, dass er heute am Anfang dieser Sitzung beim Klubobmann der FPÖ war und diesen gebeten hat, den vorliegenden Zusatzantrag zu unterschreiben, weil dieser nicht parteilich, sondern über die Parteigrenzen hinweg verfasst ist. Dieser hat ihm aber die Unterschrift verweigert. Er fordert diesen an dieser Stelle trotzdem noch einmal auf, darüber nachzudenken, welchen Schaden es im Endeffekt für Villach geben könnte, würde aufgrund von diesen Querelen des Landeshauptmannes dieses Postzentrum nicht errichtet werden und welcher große Schaden entstehen könnte, würde dieses Postzentrum überhaupt von Kärnten verschwinden und in einem anderen Bundesland errichtet werden. Er fordert die Mandatäre der Freiheitlichen Partei noch einmal auf, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte, bevor er Frau Gemeinderätin Zimmermann an das Rednerpult bittet, zum Verständnis für alle

Anwesenden hier im Saal noch einmal den von Gemeinderat Harald Sobe angesprochenen Zusatzantrag zur Kenntnis bringen. Er teilt mit, dass ihm als Vorsitzenden ein Zusatzantrag überreicht wurde, der zusätzlich zum bereits von Bürgermeister Manzenreiter eingebrachten Antrag zu gelten hat. Er verliest den Zusatzantrag wie folgt: „Logistikzentrum Post. Der Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Jörg Haider, wird aufgefordert, dem Vorstand der Österreichischen Post AG gegenüber schriftlich zu erklären: Das Land Kärnten begrüßt die geplante Investition der Österreichischen Post AG im Ausmaß von ATS 300 Mio. für ein Postverteilzentrum mit 215 Vollarbeitsplätzen an jedem Kärntner Standort und nimmt die jeweilige Standortentscheidung des Unternehmens zur Kenntnis.“ Er informiert, dass dieser Zusatzantrag von den Mandataren der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, von den Mandataren der Österreichischen Volkspartei und der Mandatarin der Villacher Grünen unterzeichnet wurde. Ansonsten sind keine Unterschriften auf diesem Antrag.

Frau Gemeinderätin Zimmermann möchte von hier aus als Villacher Gemeinderätin, egal welcher Fraktion, zu diesem wichtigen Punkt Stellung nehmen. Vorher muss sie aber doch noch sagen, was sie in der Rede von ihrer Kollegin, Frau Gemeinderätin Steinkellner, schon sehr gestört hat. Abgesehen von der Lobrede auf die Politik der FPÖ, die sie hier nicht ganz am Platz gefunden hat, hat es sie schon gestört, dass es Frau Gemeinderätin Steinkellner positiv findet, dass der Kärntner Landeshauptmann so gute Verbindungen zur Bundesregierung hat. Sie wundert es nicht, dass das einfache Parteimitglied als Marionetten-Zirkusdirektor, der die Minister ein- und auswechseln kann wie dieser es braucht, sozusagen einen guten Einfluss hat. Weiters bemerkt sie, dass sie sich eigentlich nicht wundert, dass Bürgermeister Manzenreiter in der Vergangenheit zu jeder Regierung, auch wenn es eine sozialistische war, diesen Einfluss nicht gehabt hat, denn das hätte sie verwundert. Sie findet es demokratiepolitisch überhaupt nicht in Ordnung oder sogar schon bedenklich, wenn irgendein Landeshauptmann oder ein Bürgermeister auf die Regierung solch einen Einfluss hat, wie dieses einfache Parteimitglied. Das findet sie sehr eigenartig und bedenklich und sie würde nicht mit Stolz davon sprechen.

Nun möchte sie aber zu dem Punkt kommen, den man heute eigentlich behandeln soll. Sie erklärt, dass sie als Villacher Gemeinderätin selbstverständlich auch dafür ist, dass das Verteilerzentrum nach Villach kommt. Aber sie ist nicht nur dafür, sondern ihrer Meinung nach steht im Vordergrund, dass das die Post für sich entscheidet.

Sie würde sagen, dass der Antrag und der Zusatzantrag ganz einfach von allen Villacher Gemeinderäten zu unterschreiben ist und sie berichtet, was in diesen steht. Die Post soll entscheiden und der Landeshauptmann soll sich neutral

verhalten und nicht so, wie es dieser in der Regierung gewöhnt ist, wo dieser die Minister aus- und einwechselt. Das soll dieser in Villach nicht machen und sie hofft nicht, dass die Villacher Gemeinderäte der FPÖ genauso von Landeshauptmann Dr. Haider aus- und eingewechselt worden sind. Sie erklärt, dass sie bis jetzt doch das Gefühl hatte, dass diese eine eigene Meinung haben und sie hofft, dass diese auch in dieser Sache eine eigene Meinung haben und für Villach stimmen werden.

Gemeinderat Zussner möchte einige Worte zur Wortmeldung von Frau Gemeinderätin Irene Lackner kundtun. An diese gerichtet bemerkt er, dass es natürlich ausgedehnte Reden sind, die hier von dieser gemacht werden. Er kann sich erinnern, dass vor geraumer Zeit ein Antrag der FPÖ betreffend „Aufnahme von Lehrlingen in den Dienst der Stadt Villach“ auf der Tagesordnung gewesen ist. An Frau Gemeinderätin Lackner stellt er die Frage, was diese diesbezüglich gemacht hat. Er bemerkt, dass diese hier in Villach dagegen gestimmt und in deren Funktion als Gewerkschafterin in Klagenfurt diesem zugestimmt hat. Er meint, dass diese nicht weiß, wem diese zugehörig ist – in Villach gegen die Lehrlingsoffensive und in Klagenfurt dafür. Genau diese Problematik ist auch hier ähnlich. Das war das eine, was er sagen wollte.

Wenn er die Tageszeitungen aufschlägt und die Wortmeldungen von Bürgermeister Manzenreiter heute mitgehört hat, wie dieser selbst noch einmal erwähnt hat, dass dieser glaubt dessen Großmutter wäre ein Autobus, bemerkt er, dass das schon sein kann. Ihm persönlich ist es aber völlig egal, ob die Großmutter des Bürgermeisters ein Autobus oder eine Lokomotive ist. Das muss er einmal festhalten. Das war das eine aber es kommt noch viel mehr. An Bürgermeister Manzenreiter gerichtet hält er fest, dass dieser in den Medien auch davon spricht, dass Dr. Jörg Haider hier eine Nebelbombe gezündet hat. Tatsache ist, dass Bürgermeister Manzenreiter hier eine Tränengasbombe bzw. eine Verunsicherungsbombe gezündet hat. Das ist auch dessen Stil in der Vergangenheit gewesen und er erklärt, dass man das weiß.

Er hält weiters an Bürgermeister Manzenreiter gerichtet fest, dass man natürlich mitbekommen hat, wie dieser im Fasching mit 20 oder 30 Leuten durch die Stadt marschiert ist und groß propagiert hat: „in Villach geht die Post ab“. Er bemerkt, dass sich dieser da noch gefreut hat.

Den Mitarbeitern der Post, die wahrscheinlich von der Telegraphenwerkstatt sind, was er nur annimmt, da er diese bis auf ein oder zwei nicht persönlich kennt, möchte er mitteilen, welchen Wert diese Resolutionen, die seitens des Bürgermeisters verfasst wurden, in Wirklichkeit haben. Deren Wert ist nämlich relativ gering, genau das ist der Fall. Er teilt mit, dass man hier im Gemeinderat der Stadt Villach vor geraumer Zeit einmal eine Resolution betref-

fend der Österreichischen Bundesbahn an eine sozialistische Bundesregierung und auch an einen sozialistischen Landeshauptmann von Kärnten verabschiedet hat. In dieser ist es darum gegangen, dass im Bereich der Österreichischen Bundesbahn die Standortfrage auch zu überdenken und keine Ausgliederung gemacht werden soll. An die Anwesenden stellt er die Frage, ob diese wissen, was passiert ist. Er teilt mit, dass alles weg ist und dass das unter einer sozialistischen Regierung passiert ist. Er denkt, dass der Saal hier voll sein würde, wenn man heute von Eisenbahnerproblemen sprechen würde, denn hier kann man nämlich miterleben was wirklich passiert.

Er macht die Bemerkung „in Wien geht die Post ab unter einer sozialistischen Regierung“ und stellt dazu fest, dass nun die FPÖ die Rosinen auszulöffeln hat, die dieser unter einer SPÖ-Regierung eingebrockt wurden.

Vizebürgermeister Pfeiler bemerkt aufgrund der Unruhe im Saal, dass er zwar deren Erregung versteht, diese aber dennoch ersucht, dem Redner zuzuhören, da es doch sehr unterhaltsam ist.

Gemeinderat Zussner erklärt, dass er diese Verschleierrungstaktik von Vizebürgermeister Pfeiler und von Bürgermeister Manzenreiter natürlich schon versteht. Er bemerkt aber, dass man die Wählerinnen und Wähler entscheiden lassen soll, ob das unterhaltsam ist.

Tatsache ist, dass Bürgermeister Manzenreiter jetzt erkannt hat, dass hier Unstimmigkeit innerhalb der Personalvertretung, innerhalb der Gewerkschaft in Klagenfurt und Villach ist. Er versteht natürlich, dass jeder dieses Postverteilungszentrum haben will.

Vizebürgermeister Pfeiler ersucht noch einmal, aufgrund der neuerlichen Unruhe im Saal, dass man den Redner jetzt ausreden lässt.

Gemeinderat Zussner erklärt, dass er sich bei einer weiteren Wortmeldung noch einmal dazu äußern wird.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte zur Rede von Gemeinderat Zussner noch etwas betreffend der Österreichischen Bundesbahn und der Wirksamkeit der Resolutionen richtig stellen. Er kann feststellen, dass damals die Zentralstellen, die in Kärnten waren, alle in Villach geblieben sind. Er informiert, dass sowohl die Regionalstelle des Personenverkehrs als auch die Zentralstelle für den Güterverkehr für Kärnten und Steiermark, das Branchenmanagement, in Villach angesiedelt sind. Es ist also unrichtig, dass alle Stellen weggekommen sind. Weiters teilt er mit, dass auch ein technisches Service, eine bundesweite Einrichtung, am Westbahnhof in Villach geblieben und mit vielen hundert Millionen zu einer der modernsten Wagon-

werkstätten Österreichs ausgebaut wurde. Er möchte daher Gemeinderat Zussner bitten, dass dieser dessen Kenntnisse über die Eisenbahn hier nicht verkehrt wiedergibt.

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, dass er sich fast schämt zu erzählen, dass er mit Gemeinderat Zussner, wie dieser noch SPÖ-Funktionär war, auf gemeinsamen Schulungskursen war. Er bemerkt an diesen gerichtet, dass man eben sieht, wie man sich zum Negativen ändern und vieles verlernen kann, wenn man die Partei wechselt und zur falschen Partei kommt. Er denkt, dass er diesem das heute schon sagen muss, denn gemeinsam hat man damals gelernt, dass man bei Reden viel Show abziehen kann, aber dass diese im Kern wahr sein müssen und von Wahrheit hat er heute in dessen Rede überhaupt nichts verspürt.

Er hält es für interessant, dass die FPÖ in dieser Situation in Villach eine Veranstaltung mit dem Landeshauptmann unter dem Motto „der Wahrheit verpflichtet“ macht. Und das, obwohl die FPÖ jetzt x-mal bis zum Chef hinauf überführt worden ist, dass diese die Wahrheit nicht liebt. Das ist seiner Ansicht nach die entscheidende Frage. Er erklärt, egal ob Nebel oder nicht Nebel, dass die Auseinandersetzung, die jetzt geführt wird, deshalb geführt wird, weil sich Landeshauptmann Dr. Haider von Beginn an, ohne das Gutachten je gesehen zu haben, für Klagenfurt eingesetzt hat. Er informiert, dass damals in Klagenfurt Bürgermeister Scheucher das Ganze vom Rednerpult aus sehr bedauert hat. Er denkt auch, dass das dessen gutes Recht ist. Aber der Landeshauptmann hat sich von dieser ersten Minute an auf dessen Seite gestellt und vom Rednerpult aus gesagt, dass sich Bürgermeister Scheucher nicht sorgen soll, denn man werde das schon machen, dass dieser wieder gut schlafen kann und dass alles getan werden wird, dass dieses Zentrum doch nach Klagenfurt kommt. Er berichtet weiter, dass das der Schmach dort war und dass dann alle Klagenfurter geklatscht haben. An Gemeinderat Zussner gerichtet meint er, dass dieser nun Verständnis dafür haben wird, dass die Villacher in diesen Applaus nicht miteingestimmt haben, sondern dass diese gesagt haben, dass es so nicht sein kann, weil man sich sehr bemüht und angestrengt hat. Er teilt mit, dass sich der Baudirektor, der Finanzdirektor, der Bürgermeister und alle Beteiligten sehr angestrengt und beste Arbeit geliefert haben. Er möchte den Anwesenden auch mitteilen, was ihm ein Postler gesagt hat, der beide Bewerbungsunterlagen von Villach und Klagenfurt gesehen hat. Dieser hat zu ihm gesagt, dass sogar ein 6-jähriger Volksschüler, wenn sich dieser die Qualität der beiden Unterlagen angesehen hätte, schon gewusst hätte, dass das nur nach Villach kommen kann. Er hält fest, dass man sich diese Arbeit nicht gerne wegnehmen lässt und er erklärt, dass das der Landeshauptmann von der ersten Minute an versucht hat.

Er teilt mit, dass er eigentlich über das alles nicht reden wollte, weil er gehofft hat, dass die FPÖ über deren Schatten oder deren Parteauftrag springen wird und man gemeinsam etwas zusammenbringt. Er stellt aber fest, dass man jetzt darüber reden muss, weil man von diesen herausgefordert wurde. Er bemerkt, dass man vielleicht auch noch über ein paar Dinge reden wird, die bisher zurückgehalten worden sind, weil man den Konflikt nicht eskalieren lassen wollte und weil man gehofft hat, dass es ein Einlenken geben wird und dass vielleicht auch der Landeshauptmann die Erklärung abgeben wird, dass diesem die 100 Villacher gleich viel wert sind wie alle anderen.

Er hält weiters fest, was ihn besonders gestört hat, und informiert, dass gesagt wurde, dass in Oberösterreich ja auch in Linz und nicht im Mühlviertel gebaut wird. Er kennt sich in Oberösterreich ein bisschen aus und er hat sich auch noch vor ein paar Tagen bei der Geschäftsleitungssitzung des Städtebundes in Wien beim Linzer Bürgermeister erkundigt, ob sein Informationsstand richtig ist. An Gemeinderat Zussner stellt er die Frage, ob dieser weiß, was mit dieser Aussage ausgesagt wird und er informiert, dass die Mühlviertler in Oberösterreich als die Unterentwickelten im Lande gelten. Er stellt fest, dass das die Situation ist, mit der Landeshauptmann Dr. Haider Villach verglichen hat – in Oberösterreich baut man auch nicht im Mühlviertel, sondern in der Hauptstadt.

Weiters fordert er die Anwesenden auf, einmal zu Ende zu denken, was Frau Gemeinderätin Steinkellner gefragt hat und was hinter dieser Frage stecken kann. Er zitiert deren Frage wie folgt: „Haben Sie einen Beschluss des Postaufsichtsrates Herr Bürgermeister?“. Er stellt an Frau Gemeinderätin Steinkellner die Frage, ob da dahintersteckt, dass diese hofft, dass es zu keinem Beschluss kommt, damit diese doch noch Recht hat und die Villacher nichts bekommen.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bemerkt in einem Zwischenruf, dass sie sich von Bürgermeister Manzenreiter nichts unterstellen lässt.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, dass er das fragen musste, nachdem diese ihn gefragt hat, ob er einen Beschluss hat. Er stellt die Frage an Frau Gemeinderätin Steinkellner, ob diese hofft, dass es den Beschluss nicht gibt. Er informiert, dass es einen einstimmigen Beschluss im Vorstand gibt. Vier Vorstandsmitglieder haben beschlossen, dass Villach der Standort sein soll. Er möchte den Anwesenden mitteilen, dass ihm jemand, der sich in dieser Angelegenheit gut auskennt, gesagt hat wie das normal, ohne Intervention, gelaufen wäre. Wenn es keine Intervention des Landeshauptmannes gegeben hätte und das Ganze nicht so ein Theater geworden wäre, hätte es nach dem Vorstandsbeschluss im Rahmen des Pouvoirs des Vor-

standes den Ankauf des Grundstückes in Villach gegeben. Er bemerkt, dass dies vielleicht schon erfolgt und die Planung schon in Auftrag gegeben worden wäre und dass Dr. Kaniak das auch bestätigt hat. Das wäre alles gelaufen, wenn es keine Intervention gegeben hätte. Er informiert, dass der Aufsichtsrat dann irgendwann im Dezember im Rahmen der Investitionen des Investitionsplanes 2002, bei dem es um ATS 10 Mrd. geht, auch die ATS 300 Mio. für Villach abgesegnet hätte. Dieser hätte diese Investition vielleicht nicht einmal so genau angesehen, weil es nicht die größte ist. Er berichtet, dass bis zum Eingreifen des Landeshauptmannes alles für Villach gelaufen ist und dass man darüber nicht hinwegkommt. Man ist nun sozusagen 70 oder 80 % des Weges bereits erfolgreich gegangen und nun reitet die FPÖ auf diesen 20 % herum und sagt, dass man diesen Beschluss auch noch nicht hat. Er stellt fest, dass es zu dem vielleicht schon gekommen wäre, wenn es der Landeshauptmann nicht verhindert hätte.

Er hätte das alles heute nicht gesagt und erklärt, dass er gehofft hat, dass die FPÖ diesen Villacher Weg mittragen und keine Villach-Feindlichkeit an den Tag legen wird. Er versteht nicht, warum diese das macht, denn bei der Abstimmung verlangt man nicht, dass es nach Klagenfurt, nach Gotschuchen oder nach Villach kommen soll. Man verlangt nur, dass sich der Landeshauptmann heraushält und sich neutral verhält. Er fordert die Mandatare der FPÖ-Fraktion auf, einmal in deren Gewissen zu gehen. Er denkt, dass diese heute um 3.00 Uhr in der Früh plötzlich munter werden müssen, weil das Gewissen irrsinnig plagen muss und diese sich dann irgendwann sagen müssen, dass diese eigentlich gegen die Stadt Villach und gegen deren Interessen gestimmt haben. Er bemerkt, dass man auf der anderen Seite in der letzten Zeit so viele gescheite Reden der FPÖ-Mandatare darüber gehört hat, was alles für Villach geschehen müsste und so. An die FPÖ-Mitglieder gerichtet bemerkt er, dass diese jetzt den Beweis antreten könnten, dass diese für diese Stadt und für die Kolleginnen und Kollegen der Post sind, die dort hinten stehen und sich fragen, warum einem dieser bessere Standort genommen wird, obwohl die Chefs bei der Post sagen, dass Villach der bessere Standort ist.

Er stellt sich also die Frage, was die Frage von Frau Gemeinderätin Steinkellner soll, ob man einen Beschluss des Aufsichtsrates hat. An diese gerichtet bemerkt er, dass man diesen bekommen wird, wenn sich der Landeshauptmann neutral verhält. Das kann er dieser ganz klar sagen.

Zur Aussage von Frau Gemeinderätin Steinkellner, dass er eine Kampfansage an den Landeshauptmann angetreten habe, möchte er auch Stellung nehmen. Er fordert auf, sich anzusehen, wie man in Villach reagiert hat, als die Zusage zur GAV gekommen ist. Es wurde auf der Titelseite des Mitteilungsblattes berichtet, dass das eine tolle Sache ist und er bemerkt, dass das keine Kampfansage war. Er teilt aber mit, wann man eine Kampfansage macht, und zwar,

wenn es zu derartigen unbegründeten Benachteiligungen wie jetzt kommt. Er erklärt, dass es nichts nutzt und dass man nicht am Bauch kriechen wird. Da wird man das ernst nehmen, was der Landeshauptmann einmal gesagt hat, und zwar, dass dieser will, dass die Kärntnerinnen und Kärntner aufrecht gehen können. Auch er als Bürgermeister möchte aufrecht gehen und sich am Abend in den Spiegel schauen und sagen können, dass man für diese Stadt das Bestmögliche gemacht hat. Er erklärt, dass es zu keiner Kampfansage kommt, wenn es ein partnerschaftliches Verhältnis gibt.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bemerkt in einem Zwischenruf an Bürgermeister Manzenreiter, dass dieser das schon lange vor der Post ausgerufen hat.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, dass er das muss, wenn man benachteiligt wird, das ist seine Mentalität. Er denkt, dass es damals eben auch irgendetwas gegeben haben muss.

Er wiederholt, dass es keine Kampfansage gibt, wenn man partnerschaftlich behandelt wird und wenn man unterlegen ist. Wenn ein Unternehmen kommt und sagt, dass es vor der Haustüre einen Flugplatz benötigt, dann wird man nicht intervenieren und man wird auch nicht den Landeshauptmann bitten zu intervenieren. Er hält fest, dass auch Frau Landtagsabgeordnete Gemeinderätin Steinkellner gesagt hat, dass der Landeshauptmann auf der Seite der Villacher ist, wenn es um gerechte Anliegen geht. Daher stellt er sich die Frage, ob das kein gerechtes Anliegen ist, welches man hier hat. Ist es nicht gerecht, wenn man sagt, dass man gleiches Recht für alle will? Er erklärt, dass man will, dass man korrekt behandelt wird. Er fordert auf, zu Landeshauptmann Dr. Haider zu gehen und zu sagen, dass es ein gerechtes Anliegen der Villacher Postler und Bürger ist, dass diese auf diesem Gebiet auch Recht bekommen.

Betreffend der Schlammschlachten informiert er, dass er diesbezüglich eigentlich nicht Täter ist, obwohl er jetzt auch etwas kräftiger hineingegriffen hat. Er wiederholt, dass er nicht Täter ist, dass er aber schon 15-mal als Kläger vor Gericht gestanden ist und immer FPÖ-Leuten gegenüber. Das letzte Mal hat man bis zum OGH hinauf alles gewonnen. Es ging dabei darum, dass ihn Landeshauptmann Dr. Haider im Zusammenhang mit seinem Bemühen, in Arnoldstein eine Müllverbrennung zu errichten und somit österreichische Unternehmen zu fördern und österreichische Wertschöpfung zu haben, einen Gauner genannt hat. Er hält fest, dass er da immer Opfer und nie Täter gewesen ist und er bemerkt, dass er jetzt eigentlich nur mit einer klaren Beweisführung die Frage gestellt hat, ob dieser sich nicht erinnern kann oder gelogen hat. Er denkt, dass es gerecht war, dass man das gefragt hat.

Er nimmt Bezug auf die Frage von Frau Gemeinderätin Steinkellner. Diese hat ihn gefragt, wo er war wie Minister Schmid die Zusage vom Postgeneral gehabt hat, dass Klagenfurt ausgebaut wird. Er muss dieser diesbezüglich mitteilen, dass er diese Zusage nicht kennt. Die hat man ihm von Seiten des Landes Kärnten verschwiegen. Er erklärt, dass er nicht intervenieren konnte, weil das unter der Decke gemauschelt worden ist. Er wiederholt, dass er diese Zusage nicht kennt, da ihm diese von Minister Schmid verschwiegen wurde. Wie er aber handschriftlich gesehen hat, war diese Zusage Landeshauptmann Dr. Haider bekannt, denn dieser Brief wurde nicht von der eisernen Faust oder von Herrn Binder unterschrieben. Es war die Handschrift des Landeshauptmannes und er informiert, dass in diesem Brief steht, dass der gute Minister Schmid und damit auch der Landeshauptmann davon gewusst haben. Diese haben aber Villach nicht gesagt, dass das schon für Klagenfurt entschieden war. Er glaubt daher auch nicht, dass das, was dort steht, stimmt.

Was zur TMV gesagt wurde, trifft ihn besonders. Es wurde gesagt, dass er jetzt dem Land Kärnten sagen soll, ob man die Zusammenarbeit in Magdalen will oder nicht. Er informiert, dass er es nicht nur gesagt, sondern dass er das dem Landeshauptmann schon geschrieben hat.

Frau Gemeinderätin Steinkellner hält in einem Zwischenruf fest, dass Bürgermeister Manzenreiter gesagt hat, dass dieser es nicht braucht.

Bürgermeister Manzenreiter stellt an Frau Gemeinderätin Steinkellner die Frage woher diese das weiß. Er wird es dieser erklären und er bemerkt, dass das vielleicht auch ein Aufklärungsunterricht ist, wer in letzter Zeit was gemacht hat. Er informiert, dass die Stadt Villach mit viel Kosten und auch mit den Stimmen der FPÖ in Magdalen einen Technologiepark entwickelt hat. Die erste Baustufe ist bereits in Bau. Von der Stadt Villach ist dann die Initiative gekommen, diesen bereits gegründeten und im Aufbau befindlichen Technologiepark in Partnerschaft mit der Kärnten Technologie zu führen. Er wiederholt, dass die Initiative für diese Zusammenarbeit von der Stadt Villach gekommen ist und dass man dem Gemeinderat, noch bevor dies unten beschlossen worden ist, die entsprechenden Amtsvorträge vorgelegt hat und dass diese Zusammenarbeit mit der Kärnten Technologie dann auch einstimmig beschlossen wurde. Nachdem es nun eine einseitige Festlegung von Landeshauptmann Dr. Haider bei einer entschiedenen Sache betreffend einer Betriebsansiedelung in Villach gegeben hat, stellt er die Frage, ob die Anwesenden wissen, was er gemacht hat. Er informiert, dass er dem Chef der Kärnten Technologie geschrieben und gefragt hat, ob dieser ihm die Angst und Sorge nehmen kann, dass wieder politische Einflussnahme kommt, wenn ein Klagenfurter Unternehmen sagt, dass dieser nach Villach gehen will, denn Eigentümer der Kärnten Technologie ist das Land. Politische Einflussnahme

insofern, dass die Kärnten Technologie diesen Unternehmer dann nicht ansiedeln darf. Das war seine Frage und er informiert, dass er noch keine Antwort vom Geschäftsführer der Kärnten Technologie bekommen hat. Er hält fest, dass sein Brief sehr höflich und von Sorge getragen war, ob es eben Interventionen geben wird. Dies deshalb, weil es Klagenfurter Unternehmen gibt, die nach Villach wollen und wenn dann der Landeshauptmann wieder sagt, dass das nicht sein darf, dann stellt er sich die Frage, wo man denn da hinkommt.

Er erklärt, dass man daran arbeitet, einen Weg zu finden, damit einem diese Sorge genommen werden kann. Gemeinsam mit Herrn Magistratsdirektor Dr. Mainhart, Herrn Baudirektor DI Pühringer und Herrn Finanzdirektor Mag. Pinter ist er heute Vormittag eineinhalb Stunden zusammengesessen, um einen Weg zu finden, damit einem diese Sorge genommen werden kann und man hat den Vertrag noch etwas nachjustiert. Er berichtet, dass heute, also noch bevor er vom Chef der Kärnten Technologie eine Antwort bekommen hat, ein Brief nach der Methode „friss Vogel oder stirb“ bzw. „entweder wollt ihr es oder nicht, sonst bekommt ihr kein Geld“ gekommen ist. Er berichtet, dass Tourismusfachleute sagen, dass der Kärntner Tourismus mit dieser Methode bereits kaputt gemacht worden ist. Alle Strukturen sind kaputt. Wenn man das auch weiter so im Bereich der Industrie und der Technologie macht - „friss Vogel oder stirb“ - dann hat er wirklich große Sorgen. Er fordert die Anwesenden auf, diesen Brief zu lesen, denn er ist gerne bereit diesen auszuhändigen.

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt in einem Zwischenruf die Frage: „Wir machen den Tourismus in Kärnten kaputt?“.

Bürgermeister Manzenreiter antwortet, dass die Strukturen kaputt sind und er fordert auf, einmal alle Unternehmer zu fragen, die bisher im Bereich dieser Dinge mitgearbeitet haben. Es will keiner mehr mitmachen, weil es auch immer nur „friss Vogel oder stirb“ heißt. Er möchte festhalten, dass es sich im Bezug auf die TMV um keine Aggressivität seinerseits handelt, sondern dass er nur die Sorge hat, ob man eine Garantie hat, wenn ein Unternehmen nach Villach kommen will, dass das Land sich nicht einmischt.

Mit dem CTR ist es seiner Meinung nach gleich. Er versteht die Frage bzw. die Behauptung, das CTR sei ein Sanierungsfall, nicht. Das muss er ganz einfach sagen. Er hält fest, dass das CTR in Ordnung war und dass dann Landeshauptmann Dr. Haider öffentlich gesagt hat, dass es da Mauscheleien gibt und dass da irgendetwas nicht passt. Ab diesem Zeitpunkt hat es dort einen Motivationseinbruch bei den Mitarbeitern gegeben. Auf einem Markt, wo jeder Mitarbeiter zehn Jobs haben könnte gibt es da dann natürlich Schwierigkeiten. Er teilt mit, dass dann das alles überprüft worden und drei Monate später be-

stätigt worden ist, dass alles in Ordnung ist. Er ist der Meinung, dass es unanständig ist, wenn man jemanden öffentlich anpatzt und dann sagt, dass man diesen wieder saniert hat, indem man diesem das Geld gegeben hat, welches in dieser Zeit verloren wurde bzw. nicht eingewirtschaftet werden konnte. Er ersucht um mehr Sensibilität im Zusammenhang mit Unternehmen, wo man sich alle „Zehn“ ablecken kann, dass man diese in Kärnten hat.

Er meint, dass jetzt von der Vertreterin der Grünen, von den Vertretern der ÖVP und von den Vertretern der SPÖ Aussagen getroffen worden sind, mit welchen man versucht hat, die FPÖ in dieses Boot zu holen. Alle haben aufgefordert, dies gemeinsam zu beschließen. Wenn er es zusammenfasst, haben alle gesagt, dass man gemeinsam diese Resolution beschließen soll, in der man Landeshauptmann Dr. Haider bittet, sich neutral zu verhalten. Dann würde man alles vergessen und Landeshauptmann Dr. Haider ist herzlichst in Villach willkommen und wird von ihm korrekt behandelt. Man will in dieser Frage nichts anderes als Neutralität.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bemerkt in einem Zwischenruf an Bürgermeister Manzenreiter gerichtet, dass dieser ein perfekter Schauspieler ist.

Bürgermeister Manzenreiter stellt dazu an Frau Gemeinderätin Steinkellner gerichtet fest, dass er ein gutes Vorbild hat, wenn er ein perfekter Schauspieler ist. Das ist einmal die Situation.

Er bemerkt, dass die FPÖ erklärt hat, dass diese dieser Resolution nicht zustimmen wird. Vizebürgermeister Pfeiler und Gemeinderat Sobe haben es probiert. Er fordert die FPÖ auf zuzustimmen und meint, dass man dann im Grunde genommen die Diskussion eigentlich beenden könnte und das Beste für Villach erreicht hätte. Er denkt, dass alle Argumente am Tisch sind und dass dann die Dinge ihren Weg gehen würden und dass es dann, wie er glaubt, für Villach auch nicht schlecht ausgehen wird. Er richtet also noch einmal den Appell an die FPÖ, diesen Villacher Weg gemeinsam zu gehen. Er meint, dass dies über die morgige und übermorgige Zeitung hinausgeht, und zwar in die Richtung, dass man diese Dinge gemeinsam macht und dann auch wieder den Frieden im Villacher Gemeinderat findet.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte diesen letzten Appell von Bürgermeister Manzenreiter noch einmal aufgreifen und konkret an den Klubobmann der Freiheitlichen Partei eine Frage richten. Er stellt die Frage, ob es möglich ist, die Diskussion zu beenden, indem die Freiheitliche Partei heute diesem Antrag die Zustimmung gibt. Er erklärt, dass das seine Frage ist. Ansonsten hat er noch eine Reihe von Wortmeldungen, die abgearbeitet werden müssen.

Stadtrat Ladstätter erklärt, dass Vizebürgermeister Lang als Stadtparteiobmann die Wortmeldung für die Freiheitliche Partei abgeben wird. Er hält fest, dass die SPÖ nichts anderes gemacht hat, als eine Beschüttung der Freiheitlichen Partei Villach Stadt und eine Beschüttung des Landeshauptmannes Dr. Haider. Das ist einmal das Erste.

Zum Zweiten möchte er das ansprechen, was unter der Vorsitzführung von Vizebürgermeister Pfeiler stattgefunden hat. Er bemerkt, dass er sich deshalb bis dato sehr zurückgehalten hat. An diesen gerichtet bemerkt er, dass dieser ganz genau weiß, dass er diesen in Sachfragen sehr schätzt, aber dieser war aus seiner Sicht bei der Vorsitzführung nicht fair. Er hat lange zugewartet und wollte sich dann später dazu zu Wort melden. Er hält fest, dass die Freiheitlichen heute hierher gegangen sind und Bürgermeister Manzenreiter 25 Minuten lang zugehört haben. Während diesen 25 Minuten hat man sich Notizen gemacht und sich alles, ohne jeglichen Zwischenruf und ohne Wortmeldung, ganz genau angehört. Dann begann die Sache zu eskalieren und er empfindet, dass die SPÖ solange der ORF da war noch harmlos war. Er stellt fest, dass das heutige Verhalten und die Unmutszwischenrufe, die jeder machen kann wie dieser will, tiefste politische Eiszeit in Villach bedeuten. Er denkt, dass einer Fraktion, der zweitstärksten Kraft in dieser Stadt, ja wohl zugestanden werden muss, dass diese die Wortmeldungen so abgibt, wie sich diese das vorstellt. Dass die FPÖ hier Sachkompetenz bewiesen hat, ist seiner Meinung auch keine Frage. Er bemerkt, dass Frau Landtagsabgeordnete Gemeinderätin Steinkellner die Erste war, die hier gesprochen hat und wenn diese eine Frage stellt, denkt er, dass es ja auch kein Problem sein kann, dass diese eine Antwort bekommt. Aber wie die Mitglieder der FPÖ-Fraktion gesprochen haben wurde dazwischengerufen usw., ohne dass zur Glocke gegriffen wurde. Um das Klima etwas zu verbessern, ersucht er daher an dieser Stelle, dass darauf geachtet wird, wenn jetzt Vizebürgermeister Lang sprechen wird, dieser wird ungefähr 15 Minuten sprechen, vielleicht auch etwas länger, dass dieser die gleiche Gelegenheit bekommt, wie es Bürgermeister Manzenreiter gehabt hat, um das Statement der Freiheitlichen Partei bzw. des freiheitlichen Gemeinderatsklubs ganz klar hier abzugeben und damit sich dieser hier ganz klar artikulieren kann.

Vizebürgermeister Pfeiler teilt an Stadtrat Ladstätter gerichtet mit, dass er jetzt natürlich gewisse Fakten richtig stellen muss. Er hält ganz deutlich fest, dass es Zwischenrufe aus allen Parteien gegeben hat. Er bemerkt, dass Stadtrat Ladstätter es so hingestellt hat, als hätte es nur von einer Seite Zwischenrufe gegeben, wobei er ein gewisses Maß an Zwischenrufen auch verstehen kann, weil diese emotional waren. Er ist aber der Meinung, dass er alle gleichermaßen behandelt und wenn diese überzogen waren,

um Ruhe gebeten hat. Er bemerkt auch, dass man sich die Angriffe von Gemeinderat Zussner angehört hat. Das war zum Ersten.

Zum Zweiten weist er die Aussage, er hätte die Vorsitzführung nicht korrekt gemacht, schärfstens zurück. Er bemerkt, dass er Stadtrat Ladstätter jetzt eine Wortmeldung abgeben ließ, obwohl dieser nicht auf der Rednerliste war. Dies deshalb, weil er gedacht hat, dass das zu einer Verständigung beitragen würde. Er teilt an Stadtrat Ladstätter gerichtet mit, dass dieser nicht auf der Rednerliste war und er diesen aber ausreden ließ, weil dies zu seinem Demokratieverständnis gehört. Er ersucht daher, ihm keine falsche, unrichtige oder parteiische Vorsitzführung vorzuwerfen.

Weiters bemerkt er, dass er sich heute zu seiner Wortmeldung auch entsprechend gemeldet und zum Rednerpult gegangen ist und er somit seine Vorsitzführung und seine Wortmeldung klar und deutlich auseinandergehalten hat. Weiters möchte er noch einmal sagen, und er sagt dies durchaus parteiisch, weil es auch Faktum war, dass heute jemand anderer mit dem Anschütten begonnen hat. Das geschah nämlich mit der zweiten Wortmeldung. Die erste Wortmeldung von Bürgermeister Manzenreiter hat sich ausschließlich auf den Sachverhalt bezogen. Diese war seiner Ansicht nach sehr pointiert und sehr versöhnlich vorgetragen und hat mit dem Vorschlag geendet, dass es keine Diskussion mehr gibt, wenn man diesen Villacher Weg gemeinsam geht. Er hält fest, dass es erst danach von der Frau Abgeordneten Steinkellner eine Wortmeldung mit den verschiedensten Vorwürfen gegeben hat, die nichts mit der Sache zu tun haben und die er jetzt nicht wiederholen möchte. Er möchte daher den Vorwurf der Anschüttung deutlich zurückweisen.

Frau Gemeinderätin Steinkellner bemerkt in einem Zwischenruf, dass dies Vizebürgermeister Pfeiler als Vorsitzführendem nicht zusteht.

Vizebürgermeister Pfeiler erklärt, dass es ihm schon zusteht, wenn ungerechtfertigte Vorwürfe gegen ihn erhoben werden.

Gemeinderat Obstlt. Skedl hält fest, dass Gemeinderat Sobe früher gemeint hat, man sollte sachliche Argumente gegen die Resolution bringen. In der Resolution steht, dass der Landeshauptmann von Kärnten aufgefordert wird, sich in Zukunft neutral zu verhalten. Er meint, dass das bedeuten würde, dass der Gemeinderat der Stadt Villach Landeshauptmann Dr. Haider auffordert, überhaupt keine Stellungnahmen mehr abzugeben. Das würde seiner Ansicht nach bedeuten, dass Landeshauptmann Dr. Haider in Zukunft bei diversen Projekten, bei welchen es mehrere Mitbewerber gibt, keine eigene Meinung bzw. keine Stellungnahme mehr abgeben darf. Das steht in dieser Resolution. An Gemeinderat Sobe gewandt sagt er, dass die

FPÖ-Gemeinderatsfraktion so einer Resolution klarerweise nicht zustimmen kann. Ihn wundert es, dass alle anderen zustimmen. Die Aussage „er möge sich in Zukunft neutral verhalten“ ist der Kernsatz dieser Resolution und das heißt, dass der Gemeinderat der Stadt Villach der Meinung ist, dass der Landeshauptmann des Landes Kärnten in Zukunft einfach den Mund zu halten hat. So steht es in der Resolution. Er meint, dass wohl jeder einsehen kann, dass daher die FPÖ-Fraktion heute nicht zustimmen kann.

Er bemerkt, dass es in der zweiten Aussage darum geht, dass Entscheidungen akzeptiert werden sollen, wenn diese von dritter Seite getroffen worden sind. Er erklärt, dass dies unumstritten ist und dass Landeshauptmann Dr. Haider dies auch tun wird. Nur der Vorstand der Post kann keine Entscheidung treffen. Er informiert, dass jeder der sich auskennt sagen wird, dass der Vorstand nur im Rahmen der diesem obliegenden Kompetenzen einen Beschluss fassen kann und dass das einzige entscheidungsfähige Gremium jedoch der Aufsichtsrat ist. Dieser hat aber noch keine Entscheidung getroffen. Er bemerkt weiters, dass man dieser Resolution nicht zustimmen kann, weil diese sachlich unrichtig ist.

Zur Aussage von Vizebürgermeister Pfeiler bezüglich des Agierens mit falschen Fakten in der Öffentlichkeit möchte er auch noch etwas festhalten. Er hält fest, dass er sich noch erinnern kann, dass Bürgermeister Manzenreiter in der Diskussion um das Nordische Zentrum mit dem jährlichen Weltcupsspringen argumentiert hat. Inzwischen hat seiner Erinnerung nach nicht jedes Jahr ein Weltcupsspringen stattgefunden. Also wurde auch da mit falschen Fakten öffentlich agiert. Das wollte er nur dazu festhalten.

Gemeinderat Leeb stellt an Stadtrat Ladstätter die Frage, woher auf einmal die Wehleidigkeit der FPÖ und der Ausdruck von politischer Eiszeit kommt. Er bemerkt, dass die FPÖ doch selbst sagt, dass diese die zweitstärkste Kraft in Villach ist und er ist der Meinung, dass es der natürlichste Fall wäre, dass es die zweitstärkste Kraft in Villach nicht verabsäumt, für Villacher Interessen einzutreten, wenn eine politische Eiszeit kommen würde. Er glaubt, dass dann die Freiheitlichen sogar so weit gehen und sagen müssten, dass diese aus dem Stadtsenat ausziehen. Denn dann denkt er, dass diese in diesem Stadtsenat nichts mehr verloren haben.

Es war heute ein paar Mal die Rede von Schmutzkübeln und aufgesetzten Reden. Er sieht momentan Frau Gemeinderätin Steinkellner zwar nicht, hält aber fest, dass es schon bemerkenswert ist, dass diese mit den Schmutzkübeln angefangen hat, indem diese Bürgermeister Manzenreiter angegriffen hat, der im ureigensten Interesse zum Wohle der Stadt Villach gehandelt hat. Er meint, dass Frau Gemeinderätin Steinkellner die Villacher Türklinke mit der von Klagenfurt verwechselt hat. Die ganze Angelegenheit hat für ihn ver-

ständig gemacht – und jetzt kommt es grob, aber er ist der Meinung, dass es direkt angesprochen gehört – wie Herr Ötsch in dessen letztem Buch zu dem Schluss gekommen ist, dass die FPÖ eine sektenähnliche Organisation mit Haider als vermeintlich unfehlbaren Guru im Mittelpunkt ist. Nur so kann er sich das heutige Verhalten der freiheitlichen Fraktion erklären, denn es geht hier um die Sache. An Frau Gemeinderätin Steinkellner gerichtet bemerkt er, dass er annimmt, dass deren Rede eine aufgesetzte Rede von Landeshauptmann Dr. Haider war, weil genau die Punkte enthalten waren, die dieser irgendwo durch Gemeinderat Zussner verteilen ließ. Wie Klubobmann Ladstätter gesagt hat, wird heute auch Vizebürgermeister Lang eine 15 bis 20 Minuten lange aufgesetzte Rede vorlesen, die dieser höchstwahrscheinlich auch von Landeshauptmann Dr. Haider vorgelegt bekommen hat. Nur so ist es seiner Meinung nach erklärbar, dass bei einem Sachproblem die Freiheitliche Partei zuerst untertaucht, keine Stellung nimmt und dann zur Verteidigung ausrückt.

Er glaubt, dass es wichtig ist, dass die Bediensteten der Post merken, welche Stellung die Freiheitliche Partei in dieser Stadt einnimmt, weil es als Zeichen und als Signal zu sehen sein wird, wie das Ganze von den Freiheitlichen in weiterer Folge bei allen Themen, die Beschäftigung betreffend, gehandhabt werden wird.

Gemeinderat Ing. Eder hält fest, dass er als Unternehmer und Gemeinderat der Stadt Villach über die Vorgangsweise, die beim Postverteilerzentrum praktiziert wird, geschockt ist. Er erklärt, dass der freie Wettbewerb das oberste Gebot in der Wirtschaft ist und auch dementsprechende Bedeutung hat. Er stellt die Frage, was der freie Wettbewerb ist und informiert, dass sich die Post im freien Wettbewerb nach Prüfung und Überlegung für den Standort Kärnten entschieden hat und die beiden Städte Klagenfurt und Villach in die engere Wahl der Standortfrage gekommen sind. Externe Logistikfachleute haben eine sachliche Entscheidung für den Standort Villach getroffen und auch die dementsprechende Begründung in das Gutachten eingearbeitet. Er hält fest, dass Villach als zentrale Drehscheibe und als Standort mit Eisenbahn- und Autobahnanschluss im freien Wettbewerb das Match gewonnen hat. Es ist seiner Ansicht nach normal und sogar die Pflicht der beiden Bürgermeister, dass diese für deren Städte kämpfen und er bemerkt, dass Villach nicht mit Klagenfurt streitet. Der Streit ist deshalb entstanden, weil Landeshauptmann Dr. Haider eine einseitige Stellungnahme abgegeben hat. Das Fairnessprinzip wurde verletzt. Er erklärt, dass Landeshauptmann Dr. Haider nicht der Landeshauptmann aller Kärntner ist und dass dieser gegen Villach ist. „Villacher sind keine Kärntner“ – er meint, dass es so nicht sein kann und teilt mit, dass die 110.000 Villacherinnen und Villacher aus Villach-Stadt und Land Anspruch auf Gleichbehandlung erheben.

Man fordert dies ein. Er erklärt, dass es hier keine Ablenkungstaktik und keine Vernebelungstaktik gibt, sondern dass es hier um Villach geht.

Er fordert Vizebürgermeister Lang und die FPÖ-Villach auf, dem Antrag zuzustimmen, da der Landeshauptmann einen einstimmigen Villacher Antrag sicherlich nicht ignorieren kann. Zum Schluss kommend fordert er Bürgermeister Manzenreiter im Namen der Villacher Wirtschaft auf, nicht aufzugeben, sondern weiterzukämpfen.

Gemeinderat Goach bemerkt, dass man heute schon unzählige Wortmeldungen gehört hat und dass sich Gemeinderat Zussner Sorgen darüber gemacht hat, dass es möglicherweise in der Gewerkschaft irgendwelche Streitereien gibt und sich diese nicht für eine Richtung entscheiden kann. Er kann den Anwesenden berichten, dass das überhaupt nicht der Fall ist, sondern dass die Gewerkschaft immer klar und eindeutig dafür Position bezogen hat, insbesondere der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Herr Kurt Lassnig, dass dieses Postverteilzentrum nach Kärnten kommt. Das kann man im Internet nachlesen und in dessen Interviews im Radio nachhören. Als Vorsitzender der Villacher Gewerkschaft möchte er festhalten, dass die Gewerkschaft immer dafür eingetreten ist, dass hier Arbeitsplätze entstehen. Er ist der Meinung, dass es durch die ausgezeichnete Politik unter der Führung von Bürgermeister Helmut Manzenreiter in hervorragender Weise gelungen ist, dass sich hier in Villach entsprechende Technologie entwickelt hat.

Wenn Frau Gemeinderätin Steinkellner, die in Doppelfunktion auch Landtagsabgeordnete ist, sagt, dass sich der Landeshauptmann für die Subvention bzw. für die Förderung für Infineon eingesetzt hat, möchte er schon informieren, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Dieser hat sich überhaupt nicht um das gekümmert. Er teilt mit, dass dieser wiederum in einem Interview, das dieser vor zwei Jahren gegeben hat, den Standort schlecht gemacht hat. Er hält fest, dass er schon einmal über dieses Thema im Villacher Gemeinderat gesprochen hat. Damals hat Landeshauptmann Dr. Haider gesagt, dass es in Villach sozusagen eine alte Halbleiterproduktion gibt, dass hier Uraltprodukte produziert werden und dass in zwei bis drei Jahren diese Produktion tot sein wird. Dies ist in einem ORF-Interview nachzulesen. Er bemerkt, dass mittlerweile drei Jahre vergangen sind und die Infineon eigentlich schon abrüsten müsste. Tatsache ist aber, dass Infineon, aber nicht dank des Landeshauptmannes, heuer rund 600 Kolleginnen und Kollegen aufgenommen und ATS 4,1 Mrd. zusätzlich in Villach investiert hat. Er glaubt, dass das hervorragende Leistungen sind, die nur dadurch zustande gekommen sind, und das hat Bürgermeister Manzenreiter auch ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass hier in Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Unternehmen bzw. letztendlich mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat diese Vorbereitungsarbeiten sehr gewissenhaft ohne Öffentlichkeit gemacht wurden. Dadurch konnte letztend-

lich dieses Projekt entstehen und dadurch können hier auch weitere Investitionen entstehen. Er ist der Meinung, dass in der gesamten Privatwirtschaft nur dann entsprechendes Vertrauen lukriert werden kann, wenn diese Dinge vertraulich behandelt werden. An die Damen und Herren der FPÖ gerichtet bemerkt er, dass besonders diese dafür prädestiniert sind, dass diese sofort an die Öffentlichkeit gehen, wenn Worthülsen in irgendeiner Form aufgeschnappt werden. Jeder Investor wird dadurch abgeschreckt und wird in diesem Land nicht investieren. Damit sich die Wirtschaft entsprechend entfalten kann, ersucht er, diese Dinge hintanzuhalten, weil das letztendlich ein Schaden für die Kärntner und die Villacher Wirtschaft ist. Gleich ist es beim Postzentrum.

Er glaubt, dass einen überhaupt nichts trennt, wenn man gemeinsam dafür plädiert, dass sich der Landeshauptmann heraushält und nicht für Klagenfurt Partei ergreift. Dieser muss ein Landeshauptmann für alle Kärntnerinnen und Kärntner sein.

In Zwischenrufen aus dem Plenum hört man, dass Landeshauptmann Dr. Haider dies sehr wohl ist.

Gemeinderat Goach erklärt aufgrund der Zwischenrufe, dass Gemeinderat Zussner früher gesagt hat, was in Villach für die Lehrlinge nicht getan worden ist. Er teilt mit, dass das, was gegenüber Frau Gemeinderätin Lackner gesagt worden ist, nicht stimmt und somit unrichtig ist. An Gemeinderat Zussner gerichtet bemerkt er, dass dieser immer so nervös ist, weil dieser die Wahrheit nicht verträgt. Er wird diesem aber die Wahrheit sagen, und zwar, was Landeshauptmann Dr. Haider gemacht hat und was mit der ÖDK oder mit der Lehrlingswerkstätte von der Kelag passiert ist. Er informiert, dass Landeshauptmann Dr. Haider dort voriges Jahr die Landesauszeichnung vorgenommen und eine Woche später gesagt hat, dass diese eigentlich zugesperrt werden müsste. Man hat sehr viele Leute von der ÖDK aufgenommen und er informiert, dass in Villach auch etwas passiert ist und die Stadt neben anderen Sozialprojekten praktisch zwanzig oder dreißig Lehrstellen co-finanziert hat. Das heißt, dass sich die Villacher Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie insgesamt immer für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hat, damit entsprechend viele Arbeitsplätze vorhanden sind. Man hat auch immer entsprechende Rahmenbedingungen dafür geschaffen, sei es in der Privatwirtschaft wie auch im öffentlichen Bereich, wo es jetzt um die Post geht. Er erklärt, dass man auch gar nichts anderes will, als dass sich Landeshauptmann Dr. Haider entsprechend aus diesem Wettbewerb heraushält. Die Post hat vernünftige Vorstände und es gibt einen entsprechenden Aufsichtsrat, wobei er festhält, dass die Unterscheidung manchmal nicht ganz klar ist. Einige fragen sich nämlich, was die Aufgabe des Vorstandes und des Aufsichtsrates ist. Er informiert aber, dass es einen Vorstandsbeschluss darüber gibt

und dass dieser letztendlich zur Kenntnis zu nehmen ist. Weiters erklärt er, dass man sich darüber freut, dass die Rahmenbedingungen in Villach günstiger sind als woanders. Dies deshalb, weil man für die Villacherinnen und Villacher da ist und man diesen verpflichtet ist. Man will nichts anderes, als dass man das Postverteilzentrum nach Villach bekommt, weil man hier die besten Standortbedingungen hat. Um diese Dinge geht es und um nichts anderes. In der Sorge um die Arbeitsplätze und vor allem aufgrund der Sorge über das, was diese Schwarz-Blaue-Koalition in Wirklichkeit gerade im öffentlichen Bereich angerichtet hat, fordert er auf, einmal mit den Kolleginnen und Kollegen von der Post oder Eisenbahn zu reden und sich anzuhören, was dort passiert – menschenverachtende Dinge passieren mit diesen Kolleginnen und Kollegen.

Auf einen Zwischenruf, in dem die Frage gestellt wurde, wer denn das war und in dem diese Frage auch gleich mit „die rote Regierung war das“ beantwortet wurde, stellt er fest, dass das interessant ist, weil es die SPÖ-Regierung schon seit zwei Jahren nicht mehr gibt. Er bemerkt, dass diese Grauslichkeiten, der Sozialabbau und diese Husch-Pfusch-Politik ab dem Zeitpunkt begonnen haben, in dem die FPÖ den Leuten vor der Wahl Sand in die Augen gestreut und gesagt hat, dass das ein Schlaraffenland wird. In Wirklichkeit sind aber überall Verschlechterungen gekommen, egal ob dies bei den Pensionen oder bei der Husch-Pfusch-Partie mit den Selbstbehalten, die der Verfassungsgerichtshof jetzt Gott sei Dank aufgehoben hat, ist.

Er bemerkt, dass die FPÖ weiters vorgibt, dass diese für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da ist, dass aber diese diesen in Wirklichkeit das Geld aus dem Geldtascherl herausgezogen hat. Einen Monatslohn wird jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin für diese Pfuschregierung letztendlich bezahlen müssen. Das ist letztendlich die Wahrheit.

Frau Gemeinderätin Rettl bemerkt in einem Zwischenruf, dass dies wegen 30 Jahre Pfuscharbeit der roten Regierung passiert.

Gemeinderat Goach stellt an diese gerichtet fest, dass das ein aufgelegter Elfmeter ist, denn diese ihm hier gibt. Er erklärt, dass man auch Kredite aufnehmen muss, wenn man ein Haus baut. Diesbezüglich erklärt er, dass die Sozialdemokraten und über weite Strecken auch die Volkspartei, wie diese noch gemeinsam vernünftige Politik gemacht haben, Infrastrukturmaßnahmen gesetzt und das Bildungssystem aufgebaut haben. Er bemerkt auch, dass es da keine Studiengebühren gegeben hat und dass er schon weiß, was die Regierung will. Diese will seiner Meinung nach den Leuten einfach Studiengebühren oktroyieren, damit sich viele im Arbeitnehmerbereich das Studium nicht mehr leisten können. Er erklärt, dass das die ideologische Geisteshaltung der FPÖ ist und bemerkt, dass die ideologische Geistes-

haltung der hier Anwesenden FPÖ-Mitgliedern auch genau so ist. Diese sind nicht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Post und diese wollen diese in Wirklichkeit auch weghaben. Das ist seiner Ansicht nach deren Gedankengut.

In diesem Sinne richtet er noch einmal seinen Appell an die Kolleginnen und Kollegen der FPÖ-Fraktion und fordert diese auf, deren Herzen einen Ruck zu geben und Villacherinnen und Villacher zu sein. Zum Abschluss möchte er noch festhalten, dass er sich noch an die Wahlplakate der letzten Wahl von Vizebürgermeister Lang erinnern kann, auf welchen „1 : 0 für Villach“ stand. Er bemerkt, dass es dann „1 : 0 für Villach“ steht, wenn auch die FPÖ der Resolution zustimmt und dass es dann im Villacher Gemeinderat wieder vernünftige Strukturen geben wird. Er ist der Meinung, dass dieses Gremium für dieses parteipolitische Klima, in dem die FPÖ ist, wo es nicht um Villach geht, sondern nur um billige Effekthascherei und dass dem Landeshauptmann gehuldigt wird, zu schade ist.

Gemeinderätin Möstl hat die Wortmeldung von Gemeinderat Zussner verfolgt und bemerkt, dass diese sehr wirkungsvoll war. Zu dessen Aussage betreffend aufgestellten und aufgeschriebenen Reden muss sie an diesen gerichtet festhalten, dass sich dieser auch eine Rede aufstellen hätte sollen, denn dann hätte dieser nicht so einen Blödsinn geredet. Sie kann sich erinnern, dass ihr Gemeinderat Zussner immer wieder sagt, dass die Gemeinderäte, so wie sie und dieser, der Stadt Villach und der Bevölkerung Villachs verpflichtet sind. An diesen gerichtet bemerkt sie, dass ihr dieser das jedes Mal einprägt. Heute stellt sie sich aber die Frage, wem dieser heute verpflichtet ist. Sie stellt die Frage, ob dieser heute gemeinsam mit der FPÖ-Fraktion dem einfachen Parteimitglied verpflichtet ist. Wenn sie heute diesem Gerangel zuschaut und die Haltung der FPÖ-Mitglieder hier im Gemeinderat sieht, die sich nicht als Gemeinderäte der Stadt Villach deklarieren, sondern alles andere als Gemeinderäte der Stadt Villach sind, dann stellt sie sich die Frage, wie lange sich diese noch in den Spiegel schauen können.

Vizebürgermeister Lang erklärt den Mitgliedern der SPÖ-Fraktion, dass er diese beruhigen kann, denn es ist nicht der Fall, dass er sich eine Rede aufsetzen ließ und er informiert, dass er auch keinen Brief vom Landeshauptmann mitbekommen hat, den er diesen vorlesen könnte oder sollte, sondern dass er sehr wohl weiß, was sich zugetragen hat. Er ersucht aber, dass man ihm genauso zuhört, wie er jetzt zwei Stunden zugehört hat. Er stellt fest, dass man von ihm keinen Zwischenruf gehört hat und er teilt mit, dass er sich diese Fairness auch von den Anwesenden erwartet.

Er informiert, dass ihm heute am Vormittag einer der SPÖ-Freunde etwas gesagt hat. Dieser hat ihm wortwörtlich gesagt, dass die Luft schon draußen ist,

da alles schon medial abgehandelt worden ist, dass aber zwei Angriffslinien, eine gegen Dr. Haider und eine gegen ihn, aufgebaut werden. Das muss heute Abend drüberkommen und diese Linie müssen die SPÖ-Mitglieder gehen. Er meint, dass man sehr vieles abkürzen und beenden könnte, wenn Bürgermeister Manzenreiter die Größe hätte und einmal zum Hörer greifen und Landeshauptmann Dr. Haider um einen Termin bitten würde. Bürgermeister Manzenreiter könnte nach Klagenfurt fahren, die beiden könnten darüber sprechen und er glaubt, dass dann sehr vieles ausgeräumt wäre.

Er denkt, dass es wohl niemanden hier im Bambergsaal geben wird, der nicht haben möchte, dass das Postverteilerzentrum nach Villach kommt. Alle die hier sind, sind geborene Villacher und möchten, dass dieses Postverteilerzentrum nach Villach kommt. Er hält fest, dass der FPÖ jetzt seitens der SPÖ eine Resolution und ein Zusatzantrag vorgelegt werden und dass diese versucht, mit der FPÖ zu verhandeln. Ständig kommt ein anderer Gemeinderat der SPÖ zu den Vertretern der FPÖ heraus und sagt, dass man das unterschreiben soll. Zum Schluss hieß es, dass man den Landeshauptmann Dr. Haider heraußen lässt und es wurde die Frage gestellt, ob die FPÖ dann zustimmt.

Als Stadtparteiobmann der Freiheitlichen Partei in Villach möchte er sagen, dass die FPÖ alles unternehmen wird und dass diese es sich wünscht, dass dieses Postverteilerzentrum auch nach Villach kommt. Leider ist es aber noch nicht so weit und er muss einen Brief zur Hand nehmen, der nahezu druckfrisch ist. Es ist ein Brief vom 15. März. Er stellt fest, dass es völlig richtig ist, dass die Vorstandsdirektoren für Villach votiert haben und er verliest aus einem Brief von Herrn Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Johannes Dietz an Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grasser wie folgt: „Der Vorstand berichtete, dass er im Rahmen der Vorstandsverantwortung beabsichtigt, zur Standortsicherung ein Grundstück in Villach zu erwerben.“ Er bemerkt, dass es auch gut wäre, wenn es dazu kommen würde und sich die Post dort ansiedeln könnte. Er verliest den Brief wie folgt weiter: „Eine Entscheidung über die Durchführung des Projektes ist damit nicht verbunden. Laut Vorstandsdirektor Kaniak sei generell ein Baubeginn derzeit noch nicht absehbar, weshalb bis jetzt auch nicht das Vorhaben mit dem Antrag auf Genehmigung im Aufsichtsrat eingebracht wurde.“ Er informiert weiters, dass der Präsident des Aufsichtsrates sagte, dass es auch keine Interventionen wie auch immer geartet und von wem diese auch immer gekommen sein sollten gab, wie dies interpretiert wird. Er hält fest, dass es keine Intervention gab, auch von Landeshauptmann Dr. Haider nicht.

Er bemerkt, dass er und seine Fraktion heute sehr oft angesprochen wurden und er zu einigem eine Antwort geben muss. Er stellt fest, dass bekannt zu sein scheint, dass Bürgermeister Manzenreiter in den letzten Jahren sehr unglücklich agiert hat. Denn ansonsten wäre es Bürgermeister Manzenreiter

nicht passiert, dass dieser als Landesparteiobmann der SPÖ von den eigenen Leuten wieder zurück nach Villach geschickt worden ist. Das ist ein Faktum, das ist Tatsache und er bemerkt, dass man ein Jahr nichts davon gehört hat und dass es scheint, als hätte Bürgermeister Manzenreiter das nicht verkraftet.

Er stellt fest, dass es auch ein Pech für die SPÖ und für Bürgermeister Manzenreiter ist, dass deren stärkste Kraft, Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher, der Partei und dem Bürgermeister abhanden gekommen ist. Er erklärt, dass diese Position des Vizebürgermeisters seitens der SPÖ bisher nicht annähernd nachbesetzt werden konnte.

Die **Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion** verlassen geschlossen, ausgenommen der Stadtsenatsmitglieder Bürgermeister Manzenreiter, Vizebürgermeister Pfeiler und Frau Stadträtin Mag. Sandrieser, den Sitzungssaal.

Vizebürgermeister Lang fordert die Anwesenden auf, ihm ganz genau zuzuhören, denn er möchte erklären, wieso die Alarmglocken bei der SPÖ läuten. Er berichtet, dass die SPÖ unlängst eine Sitzung im Volkshaus Landskron gehabt und dabei festgestellt hat, dass das Durchschnittsalter der Mitglieder 57 Jahre beträgt. Da haben die Alarmglocken geläutet und er teilt mit, dass Bürgermeister Manzenreiter gesagt haben soll, dass dieser das gar nicht gewusst hat und dass man dagegen etwas tun muss.

Er erklärt, dass die FPÖ dieser Resolution nicht zustimmen kann, weil dies ein Antrag gegen Villach wäre. Er berichtet, dass Landeshauptmann Dr. Haider in letzter Zeit sehr viel für Villach getan hat. Er denkt dabei an die GAV, den Technologiebereich und an alles, was dieser getan hat. Er erklärt, dass die Villacher FPÖ-Gemeinderäte, die geborene Villacher sind, für die Menschen in dieser Stadt arbeiten und noch viel mit dieser Stadt vorhaben. Aber dafür wird man das Land und Landeshauptmann Dr. Haider noch sehr dringend brauchen. Er denkt an die ganzen Straßenerschließungen und an die ganzen Konzepte, die es umzusetzen gilt.

Wenn die Freiheitlichen dieser Resolution die Zustimmung geben, so würde man in Wahrheit sagen, dass man den Landeshauptmann und auch das Geld nicht mehr braucht. An Bürgermeister Manzenreiter gerichtet bemerkt er, dass dieser zur Kenntnis nehmen muss, dass für diesen die Balken bzw. die Rollo vor Klagenfurt heruntergefallen sind. Dieser hat in Klagenfurt leider keinen Einfluss mehr und auch in Wien hat dieser nicht mehr die Möglichkeit. Deshalb kann dieser froh sein, dass es die Freiheitlichen in Villach gibt, dass diese stärker werden, dass diese im Stadtsenat sind und vor allem, dass die FPÖ

für Villach etwas zustandebringt und auch das Geld für die diversen Vorhaben in Villach lukrieren kann.

Er blättert die Seiten ein wenig zurück und teilt mit, dass er sich, wie es die Konsumpleite gegeben hat, erwartet hätte, dass Bürgermeister Manzenreiter für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingetreten wäre oder Stellung bezogen hätte, aber davon hat er nie etwas gehört. Er bemerkt, dass man von der SPÖ und von Bürgermeister Manzenreiter nichts gehört hat. So lange es gut gelaufen ist, hat sich dieser vorne hingestellt, gesonnt und fotografieren lassen, wie alle in der SPÖ. Aber wie es diese große Pleite gegeben hat, hat man von diesen nichts gehört.

Er möchte noch etwas sagen und bemerkt, dass sich alle noch daran erinnern können, was es in Magdalen gegeben hat – eine Milliardenpleite unter der Regentschaft der SPÖ-Führung in Kärnten. Er bemerkt, dass Gelder bzw. Millionenbeträge dort hineingepulvert worden sind, bis der Landeshauptmann gesagt hat, dass nun Schluss ist. Damit konnte erst ein Neubeginn, nach all dem, was passiert ist, begonnen werden und er berichtet, dass die Freiheitlichen diesen Neubeginn mitgetragen haben.

An Bürgermeister Manzenreiter gerichtet stellt er die Frage, was denn dieser macht und er beantwortet diese Frage selbst, indem er mitteilt, dass dieser Steuergelder in Milliardenhöhe für Inzerate verpulvert, um zu rechtfertigen, was dieser vor hat und um zu zeigen, was dieser alles machen möchte.

Vizebürgermeister Pfeiler erteilt Vizebürgermeister Lang einen Ordnungsruf und fordert diesen auf, die Äußerung „der Bürgermeister verpulvert Steuergelder in Milliardenhöhe“ zurückzunehmen.

Vizebürgermeister Lang erklärt, dass es sich nicht um Beträge in Milliardenhöhe handelt. Wenn er das gesagt hat, nimmt er es zurück, das war dann ein Versprecher. Er teilt aber mit, dass es Beträge in Millionenhöhe sind, die dafür ausgegeben werden, nur um immer wieder etwas zu beweisen und von „Villach Qualität“ zu sprechen. Diesbezüglich bemerkt er, dass man dies das letzte Mal im Stadtsenat abgelehnt hat. Er stellt die Frage, wo denn die Villach Qualität ist und bemerkt, dass man die Zwischenrufe heute gehört hat. Weiters fragt er Bürgermeister Manzenreiter wo dessen Fraktion ist und er bemerkt, dass sich diese die Wahrheit nicht anhören will. Er stellt eine weitere Frage an Bürgermeister Manzenreiter, und zwar was dieser will. Er erklärt, dass dieser in Wahrheit den Stadtsenat von fünf auf sieben Mitglieder erhöhen will und dafür kämpft. Die ÖVP schiebt dieser mit der Begründung, damit diese auch in den Stadtsenat kommt, vor. Er meint, dass Bürgermeister Manzenreiter aber in Wahrheit ganz etwas anderes will. Fak-

tum ist, dass man dafür Millionenbeträge aufbringen und der Steuerzahler das berappen müsste.

An die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post AG gerichtet versichert er, dass die FPÖ voll hinter deren Interessen steht. Sollte, wie man hofft, der Aufsichtsrat der Post AG, das Präsidium, für Villach votieren und entscheiden, so werden die Mitglieder der FPÖ die Ersten sein, die mitklatschen und er erklärt, dass man seitens der FPÖ alles unternehmen wird, damit das nach Villach kommt. Er stellt fest, dass es leider im Moment noch nicht so weit ist und dass er glaubt, dass interne Gespräche, vertrauliche Gespräche, wie es Bürgermeister Manzenreiter vorhin gesagt hat, hinausgetragen wurden. Diesbezüglich erklärt er, dass dies aber nicht durch die FPÖ, sondern durch Bürgermeister Manzenreiter hinausgetragen wurde und dass dadurch sehr vieles zerstört wurde. Man wäre schon wesentlich weiter und er denkt, dass damit wohl sehr viel zerstört worden ist. Er stellt die Frage, was Bürgermeister Manzenreiter gemacht hat und teilt mit, dass dieser gezündelt hat und dann löschen wollte.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte zur Wortmeldung von Vizebürgermeister Lang zwei Anmerkungen machen. Zuerst eine tatsächliche Richtigstellung. Er bemerkt, dass Vizebürgermeister Lang am Beginn der Wortmeldung davon gesprochen hat, dass mehrere Unterhändler bei den Freiheitlichen gewesen wären und versucht hätten, mit verschiedenen Mitteln die Zustimmung zu erreichen. Unter anderem durch Streichung des Namens Haider. Er weist darauf hin, dass allein Bürgermeister Manzenreiter und seine Person für die sozialdemokratische Fraktion verhandlungsberechtigt sind und keiner von beiden dort war. Er teilt mit, dass der einzige Versuch, hier einen Konsens zum Wohle Villachs zu bekommen, in der Stadtsenatssitzung am vergangenen Mittwoch war und er informiert, dass dies dort nicht möglich war, weil es keine Äußerung zu diesem Thema gab. Das war die erste tatsächliche Richtigstellung.

Nun kommt er zur zweiten und berichtet, dass es eine Reihe von Unterstellungen in dieser Wortmeldung gab, die man sich genau anschauen wird. Im Ernstfall wird man darüber eine Diskussion führen und weitere Schritte erwägen.

Die **Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Gemeinderat Kofler stellt etwas an die Funktionäre der Freiheitlichen Partei gerichtet fest. Er bemerkt, dass sich diese in den Vordergrund spielen, indem diese sagen, dass diese niemanden anderen verpflichtet

sind, als der Villacher Bevölkerung. Er stellt daher an diese die Frage, wo diese waren, wie es um das Problem der Post gegangen ist. Er bemerkt, dass alle auf Urlaub waren oder mit deren Kapitän untergetaucht sind. Man hat aber keinen einzigen gesehen und man hat nichts von den FPÖ-Funktionären gehört.

Er informiert, dass die einzige Fraktion, die sich gegen diese Sachen, die der „Landeshauptmann nicht aller Kärntner“ gebracht hat, gestellt hat, die Sozialdemokraten in Villach waren und insbesondere war es Bürgermeister Helmut Manzenreiter, der Landeshauptmann Dr. Haider die Stirn geboten hat. Er meint, dass die Villacher, die sich für Villach bekennen, und wahrscheinlich auch die Postler in Villach stolz sind, so einen Bürgermeister zu haben.

Obwohl er nicht vorhatte, das heute zu bringen, möchte er aber doch noch etwas an Vizebürgermeister Lang gerichtet sagen. Er bemerkt, dass sich dieser immer so als Villacher, als Mister VSV, hinstellt. Er glaubt, dass es stimmt, dass dieser auch noch im Präsidium des VSV verankert ist. Direkt an Vizebürgermeister Lang gerichtet hält er fest, dass dieser Vizebürgermeister in Villach und Sportfunktionär beim VSV ist, es aber bis heute nicht zustande gebracht hat, dass der EC VSV die vom Land zugesagte Subvention in der Höhe von ATS 1 Mio. bekommt. Hingegen hat die Stadt Villach deren Versprechen erfüllt und auf Punkt und Beistrich und zum richtigen Zeitpunkt die Subvention geleistet hat. Er stellt die Frage, wo Klagenfurt und der Landeshauptmann sind. Wenn man heute die Zeitung aufmacht, fragt man sich, was beim Sport in Kärnten schon wieder los ist. Er erklärt was los ist und informiert, dass Landeshauptmann Dr. Haider ohne wenn und aber auf einmal mit drei Personen abfährt. Er bemerkt, dass das die Politik der FPÖ ist und erklärt, dass man das für Villach nicht will. Er glaubt, dass die Sozialdemokraten mit Bürgermeister Manzenreiter in Zukunft den Weg weitergehen müssen und er teilt mit, dass man den anwesenden Postlern zusichern und versprechen kann, dass sich die Sozialdemokraten für diese weiterhin so verwenden werden.

Gemeinderat Brunner bemerkt, dass ihm, nachdem er sich die Diskussion nun schon zweieinhalb Stunden angehört hat, zu vielen Wortmeldungen das Verständnis fehlt. Er hält fest, dass es hier um eine Sache für Villach geht, um eine Sache für viele Mitarbeiter in Villach und um eine Sache, die eine Firma bzw. ein Betrieb von sich aus für sich beschlossen hat. Er ist der Ansicht, dass hier diese Sache, die die Post AG Austria als Betrieb beschlossen hat, zerredet und ungütig gemacht werden soll. Für ihn ist das völlig unverständlich, dass eine klare Firmenentscheidung zerredet wird. Es wird versucht, diese Entscheidung kaputt zu machen und er bemerkt, dass es nur einen teureren und schlechteren Standort geben kann, wenn die Entscheidung nicht für Villach ausfällt.

Er möchte aus der Pressemeldung der Österreichischen Post AG vom 9.2.2001 ein paar Sätze zitieren. Die Anwesenden können sich darauf den Reim machen, dass das Ergebnis dieser Standortfindung für die Post, aber auch für Villach und für viele Mitarbeiter in und um Villach ein optimales ist und für den österreichischen Steuerzahler günstig ist. Er verliest einzelne Schlagworte und Sätze aus der Pressemeldung: „Kärnten erhält ein neues Brief- und Paketlogistikzentrum der Post. Kosten- und Qualitätskriterien entschieden für den Standort Villach. Experten der Österreichischen Post AG und externe Logistikfachleute haben sich mit der Frage nach dem optimalen Standort für ein Logistikzentrum im Süden Österreichs und in der Folge mit der Entscheidung zwischen Klagenfurt und Villach beschäftigt.“ Diesbezüglich bemerkt er, dass diese Damen und Herren sicher nicht fahrlässig mit deren Aufgabe umgegangen sind. Er verliest weiter aus dieser Pressemeldung: „Nach genauen Berechnungen und eingehenden Planungen ist die Entscheidung gefallen. In den vier Einzelbewertungen in den Bereichen Immobilie, Logistik, Distribution, Zustellung und Vertrieb lag Villach vor Klagenfurt. Auch was die sechs Hauptkriterien betrifft, hatte Villach mehr zu bieten, was sich in Zahlen mit einem 5 : 1 für Villach ausdrückt.“ Er teilt mit, dass ein wichtiger Satz am Ende dieser Pressemeldung steht und er verliest wie folgt: „Auf Basis aller wirtschaftlichen Überlegungen also eine klare Entscheidung zugunsten des Standortes Villach.“ Er informiert, dass die Post AG so weit gegangen ist und sich auch schon um die Mitarbeiter Sorge gemacht hat, indem diese sich Gedanken über Werksverkehr und über Fahrgemeinschaften von Mitarbeitern aus dem Zentrum Klagenfurt gemacht hat.

Einen Satz möchte er noch zum Vergeuden von Steuermitteln festhalten. Er berichtet, dass unter dem Punkt „Kosten“ steht, dass die geringeren Kilometerleistungen eine jährliche Transportkosteneinsparung von ATS 2,1 Mio. ergeben. Wenn das nicht nach Villach kommt, kommt es zu einem jährlichen Verlust in der Höhe von ATS 2,1 Mio. und er stellt diesbezüglich die Frage, wer diese Verluste oder diese Mehrkosten trägt. Er beantwortet seine Frage indem er mitteilt, dass dies der Steuerzahler tun wird.

Gemeinderat Stastny möchte sich zur Wortmeldung von Vizebürgermeister Lang äußern. Er ist der Meinung, dass man in Bezug auf dessen Wortmeldung bzw. dessen Wortwahl die Frage aufwerfen muss, ob dieser glaubt, dass diese Wortmeldung eines Vizebürgermeisters der Stadt Villach würdig war.

Weiters möchte er festhalten, dass man nun doch schon einige Stunden über einen Antrag diskutiert, der für Villach von enormer Wichtigkeit ist. Seiner Ansicht nach ist es eigentlich verwunderlich, um nicht die Bezeichnung beschämend dafür zu verwenden, dass sich die Argumente in diesen Stunden nicht darum drehen, wie man gemeinsam das Bestmögliche für Villach, für

die Menschen und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht, sondern dass man sich gegenseitig Argumente zuwirft oder austauscht, warum etwas wichtig ist und warum es Gegenargumente gibt. Vor allem von Seiten der Freiheitlichen Partei wird aufgezählt, warum etwas nicht geht und warum es Gründe gibt. Er bemerkt, dass unter anderem gesagt wurde, dass gewisse Beschlüsse nicht vorhanden sind. Er kann in diesem Zusammenhang die Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Partei nur auffordern und ersuchen, gemeinsam für Villach an einem Strang zu ziehen. Es wurden viele Argumente ausgetauscht, aber er meint, dass man jetzt das Ganze auf den eigentlichen Punkt der heutigen Gemeinderatssitzung zurückführen sollte und das ist die Beschlussfassung einer Resolution. Er möchte daher die FPÖ-Fraktion nochmals auffordern und einladen, den Antrag gemeinsam zu beschließen und zu unterfertigen, um wirklich für Villach das Beste zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist er der Ansicht, dass jedes weitere Argument, warum etwas nicht geht oder warum etwas geht, nicht mehr angebracht ist. Er bringt diesbezüglich das Beispiel von Gemeinderat Obstlt. Skedl, in dem dieser anführt, warum ein Landeshauptmann sehr wohl das Recht auf Intervention hat. Er meint, dass Gemeinderat Obstlt. Skedl grundsätzlich damit Recht hat, dass ein Landeshauptmann als Landeshauptmann für alle Kärntner an den Sachen maßgeblich beteiligt sein soll.

Er wiederholt, dass es nicht darum geht, Fehlentwicklungen aufzuzählen, sondern diese hinanzuhalten. Der Wettbewerb zwischen zwei Städten ist legitim und er teilt mit, dass Bürgermeister Manzenreiter dessen Pflicht erfüllt hat, indem dieser für Villach gekämpft. Auch dem Klagenfurter Bürgermeister steht es seiner Ansicht nach frei, für dessen Stadt zu kämpfen. Er berichtet, dass man auch bereits gehört hat, dass Villach die besseren Argumente und die qualitativ höherwertige Arbeit in diesem Zusammenhang geliefert hat. Wie es aussieht, haben diese Bemühungen bzw. die Arbeit von Bürgermeister Manzenreiter Früchte getragen, denn die Entscheidung ist für Villach getroffen worden.

Er spricht nochmals die Einladung an die FPÖ-Fraktion aus, zum Wohle der Stadt und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitzuwirken und diese Resolution bzw. diesen Beschluss gemeinsam, also alle 45 Gemeinderäte, zu unterfertigen, um damit das Beste zu erreichen.

Frau Gemeinderätin Zimmermann stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, und zwar auf Beendigung der Diskussion nach dem Ende der derzeitigen Rednerliste, also auf Schluss der Rednerliste.

Vizebürgermeister Pfeiler berichtet, dass ein Antrag auf Schluss der Debatte am Ende der Rednerliste gestellt wurde. Er möchte darauf hinweisen, dass insgesamt noch drei Wortmeldungen in der Rednerliste einge-

tragen sind. Das sind seine eigene, die von Klubobmann Gemeinderat Dr. Löberbauer und das Schlusswort in dieser Sache von Bürgermeister Manzenreiter.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Antrag auf Schluss der Rednerliste zu genehmigen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt den Vorsitz.

Vizebürgermeister Pfeiler ist der Meinung, dass sich die Wortmeldung von Vizebürgermeister Lang von selbst richtet und er bemerkt, dass er diese nicht kommentieren möchte. Er möchte aber doch zwei Dinge herausarbeiten, die in der Diskussion oft untergehen und die es wert sind, hervorgehoben zu werden, weil diese eine gewisse Geisteshaltung manifestieren.

Das eine ist, dass heute alle Wortmeldungen der Freiheitlichen Partei in ihrem Grundtenor etwas enthalten gehabt haben. Es wurden mit Akribie Gründe, Argumente und Beweise, die aber schuldig geblieben sind, gesucht, dass Villach keine Chance beim Wettbewerb um das Postverteilungszentrum haben wird. Er meint, dass das Ungeheuerliche an der Sache ist, dass die FPÖ dieses Verteilzentrum ja gar nicht haben will, weil diese Haare in der Suppe sucht, die es nicht gibt. Er bemerkt, dass unter anderem erwähnt wurde, dass der Vorstand hier nicht zuständig sei und er stellt hierzu die Frage, für was denn dann der Vorstand eines Unternehmens zuständig ist, wenn nicht dafür, Investitionsentscheidungen zu treffen. Das ist seiner Ansicht einmal die eine Feststellung, die zeigt, dass man das Verteilerzentrum hier nicht haben will und das heißt, dass man einen Anti-Villach-Kurs segelt.

Das Zweite, das er festhalten möchte, ist, dass die Freiheitlichen in diesem Haus offensichtlich Statthalter eines Feudalherren sind, denn wenn diese beim Herrn Landeshauptmann zu Kreuze kriechen, dann hört dieser diese wohl an. Auch das darf seiner Meinung nach in einer Demokratie im Jahr 2001 nicht mehr sein.

Er möchte nun den letzten Beitrag aus seiner Sicht liefern. Er bemerkt, dass man sieht, dass die Freiheitliche Partei in dieser Frage nicht einlenkt, obwohl es viele Appelle und Handreichungen gegeben hat. Damit die Verantwortung ein für alle mal manifestiert und festgehalten wird, möchte er namens seiner Fraktion, aber auch in seinem Namen einen Antrag einbringen. Er bezieht

sich dabei auf die Geschäftsordnung des Villacher Gemeinderates, konkret auf § 15 Z. 5 und § 19 Z. 5, und er verlangt, die Abstimmung namentlich vorzunehmen. Er stellt daher einen Antrag zur Geschäftsbehandlung, die Abstimmung namentlich durchzuführen, und er ersucht, über diesen Antrag abzustimmen.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Antrag auf namentliche Abstimmung zu genehmigen.

Gemeinderat Dr. Löberbauer bemerkt, dass dies keine vorbereitete Rede ist. Es braucht niemand Angst zu haben, er hat sich nur zwei Aussagen von Vizebürgermeister Lang mitgeschrieben, damit er diese nicht falsch wiedergibt. Er denkt, dass das, was man in Bälde beschließen wird, in Wahrheit eigentlich ein Minimalprogramm ist. Das ist seiner Ansicht nach das Mindeste an Selbstverständnis überhaupt. Er zählt einige Punkte auf. Erstens einmal ist man Villacher und aus diesem Grund davon überzeugt, dass man einen guten Standort hat. Zweitens hat ein österreichisches Unternehmen nach sachlicher Prüfung aller Kriterien, die maßgebend sind, festgestellt, dass Villach der beste Standort ist. Drittens geht es soweit, dass ein anderer Standort dem Steuerzahler teurer kommt. Diesbezüglich hält er fest, dass das Einzige, das man nun beschließen will, die Neutralität ist, die man von Landeshauptmann Dr. Haider verlangt.

An Vizebürgermeister Lang gerichtet bemerkt er, dass er nun den Kreis schließen möchte. Er hält fest, dass dieser den Mitarbeitern der Post gesagt hat, dass alle für das Postverteilerzentrum in Villach sind. Er denkt, dass Vizebürgermeister Lang mit „wir alle“ sicher alle 45 Gemeinderäte gemeint hat. Weiters berichtet er, dass dieser am Schluss den Mitarbeitern der Post versprochen hat, für Villach zu kämpfen. Er erklärt, dass für ihn und seine Fraktion das, was man beschließen wird, ein Minimalprogramm ist. Er ist der Meinung, dass man als Stadt Villach mit dem bestmöglichen Standort für die Post AG nach objektiver Prüfung legitimer Weise eigentlich beschließen müsste, den Landeshauptmann aufzufordern, den bestmöglichen Standort zu unterstützen und nicht nur neutral zu sein.

Zum Schluss kommend denkt er, nicht väterlich aber aus strategischem Kalkül, auch wenn er sich in die FPÖ-Fraktion hineinendenken würde, dass es für jeden einzelnen Gemeinderat möglich sein müsste, als Villacher Gemeinderat

den bestmöglichen Beschluss für Villach zu fassen und das Minimalprogramm der Neutralität des Landeshauptmannes einzufordern.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den Voristz.

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, dass es auch für ihn interessant war, dass Vizebürgermeister Lang beim Rednerpult vor den Medien anders redet als hinten zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Post und er bemerkt, dass man das aber von diesem gewöhnt ist. Ebenso denkt er, dass dessen Aufforderung, dass er zum Landeshauptmann fahren soll und die gleichzeitige Aussage, dass er in Klagenfurt sowieso keinen Gesprächspartner mehr hat, auch zeigt, wie ernst dieser alle diese Dinge meint. Er meint, dass man sich aber auch die Frage stellen könnte, ob Vizebürgermeister Lang nur versucht sich durchzuschwindeln, um im Endeffekt jedem das Gefühl zu geben, dass dieser für jeden da war. Er ist der Meinung, dass es entscheidend ist, dass man Farbe bekennet, wenn man für die eigene Stadt kämpft und für diese arbeitet. Den Postlern zu erzählen „ich bin für euch“ und in Klagenfurt zu sagen „ich bin auch für die, die das eigentlich in Villach verhindern wollen“, das ist an und für sich Lang'sche Politik.

Er informiert, dass man nachvollziehen kann, dass die Entscheidung über das Postzentrum und dessen Errichtung für Villach bereits gelaufen wäre, wenn es nicht die Intervention von Landeshauptmann Dr. Haider gegeben hätte. Weiters erklärt er, dass es bereits umgedreht und für Klagenfurt gelaufen wäre, wenn es nicht das Engagement eines Bürgermeisters und dessen Freunde in dieser Stadt gegeben hätte. Das ist die Wahrheit. Es wäre schon längst für Villach gelaufen, wenn sich Landeshauptmann Dr. Haider nicht eingeschalten hätte und er hat permanent diskrete Gespräche geführt. Er hält fest, dass er die Post nicht geoutet hat und dass er zu keinem gesagt hat, dass diese sozialistische Apparatschiks oder sonst irgend etwas sind. Er fordert die Anwesenden auf nachzulesen, was er zur Post gesagt hat und er hält fest, dass er sich zur Post nie in irgendeiner Form geäußert hat. Er wiederholt, dass es aber für Villach ohne die Einschaltung des Landeshauptmannes gelaufen wäre und dass es gegen Villach gelaufen wäre, wenn sich die SPÖ nicht auf die Hinterfüße gestellt hätte. Das ist das Entscheidende.

Er denkt, dass nun Vizebürgermeister Lang kommen und sagen wird, dass für Villach und für den Bürgermeister der Rollbalken in Klagenfurt herunter ist, weil sich dieser gewehrt hat und daher unanständig war. Er stellt die Frage, welches Selbstwertgefühl diese Partei und der Parteiobmann hat. Wenn man nicht zu Kreuze kriecht und alles zur Kenntnis nimmt, was über die eigenen Köpfe hinweg passiert, dann ist man sozusagen in Ungnade gefallen. Er denkt, dass sich die Vorgänger, die im Jahre 1936 um die Autonomie ge-

kämpft haben, angesichts dieser Haltung im Grabe umdrehen würden. Diese haben darum gekämpft, dass Städte weitestgehend frei entscheiden können und er macht darauf aufmerksam, dass man so eine große Autonomie im Lande Kärnten und in Österreich hat, dass einen andere Staaten beneiden.

An Vizebürgermeister Lang gerichtet hält er fest, dass es ihn schon lange stört, dass dieser in vielen Fragen die Planung betreffend nicht in der Lage ist, eine eigenständige Villacher Position zu erarbeiten, für die man dann im Lande kämpfen kann. Wenn man etwas will, kann man beim Land darum kämpfen, aber Vizebürgermeister Lang geht immer fragen, was man tun darf. Er erklärt, dass das eine Position ist, mit der Villach im Städtevergleich nicht so in der Zeitung stünde, wie man es derzeit hat, wenn in den 14 Jahren seiner Bürgermeisterzeit die Planungsreferenten Ertl, Truppe und die anderen davor auch diese Position gehabt hätten. Das möchte er festhalten. Sein Weg ist es, in partnerschaftlicher gleichberechtigter Anerkennung um die Werte für Villach zu kämpfen. Er meint, dass das, was Vizebürgermeister Lang heute gesagt hat, Abgründe aufreißt. Das drückt ohne Protest aus, dass für Villach der Rollbalken herunter ist, weil er nicht brav ist. Dass das die Meinung der FPÖ ist, weiß er schon seit drei Jahren, seit der letzten Landtagswahl. Es wird gesagt, dass alles, was mit Villach zu tun hat, direkt aus dem Regierungskollegium heraus Chefsache ist und dass da kein Referent etwas entscheiden darf. Diesbezüglich erklärt er, dass er das noch einsieht, aber nicht, dass das Vizebürgermeister Lang hier noch stolz verkündet und sagt, dass für Villach und für den Bürgermeister der Rollbalken herunter ist. Er hält fest, dass er frei gewählter Bürgermeister dieser Stadt ist und dies mit 60 % im ersten Wahlgang. Er fordert Vizebürgermeister Lang auf, die Wahlentscheidung der Villacher Bürgerinnen und Bürger zu respektieren und diese auch im Lande Kärnten zu vertreten, denn er denkt, dass sonst die Villacher diesem die Rechnung geben werden, die dieser verdient.

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt in einem Zwischenruf die Frage, wer mit Minister Schmid verhandelt hat, wenn nicht Vizebürgermeister Lang.

Bürgermeister Manzenreiter hält an Frau Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin Steinkellner gerichtet fest, dass man seit Jahren verhandelt hat und dass man das, was man jetzt hat, nämlich eine mündliche Zusage, auch von der Vorgängerregierung schon gehabt hat. Er informiert auch, dass immerhin er als Bürgermeister der Verhandlungsberechtigte in dieser Frage ist. Weiters erklärt er aber auch, dass man nicht versucht, sich das parteipolitisch umzuhängen. Solange für Villach etwas Gutes geschieht, hat er überhaupt nichts dagegen, da kann auch Vizebürgermeister Lang oder jemand anderer das machen, das ist ihm völlig egal. Es zeigt seiner Meinung nach

nur, dass man scheinbar Profilierungsprobleme hat und immer sagen muss „bitte ich war das“.

Weiters hält er fest, dass das, was Vizebürgermeister Pfeiler gesagt hat, auch interessant ist. Er stellt fest, dass man heute seitens der FPÖ-Fraktion viele Argumente gehört hat, warum das nicht in Villach passieren soll und dass nur 75 % der gewünschten 100 % erfüllt sind. Diesbezüglich erklärt er, dass man auf dem richtigen Wege ist und dass man für diese Dinge kämpfen wird. An die FPÖ gerichtet stellt er fest, dass diese den Gemeinderat in diesem Kampf verlässt, wenn diese nicht zustimmen. Er bemerkt, dass es heute scheinbar keine einstimmige Erklärung des Gemeinderates geben wird und Landeshauptmann Dr. Haider sagen können wird, dass sich die in Villach nicht einmal einig sind. Wenn die FPÖ nicht zustimmt, verlässt diese den Gemeinderat in diesem Kampf und ist damit den Postlern und der Villacher Bevölkerung in den Rücken gefallen. Er denkt, dass es nichts nützt und er die FPÖ nicht überzeugen kann, aber aufgrund seiner Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, fordert er trotzdem noch einmal auf zuzustimmen. Die Aussage, dass ohnehin alle für das Postverteilzentrum sind, man aber nicht mitstimmen kann, ist seiner Ansicht nach keine Hilfe. In Wahrheit ist dies ein Verrat an dieser Stadt.

Weil er diesen Gedanken noch gar nicht gehabt hat, ihm dieser aber sehr gut gefallen hat, möchte er mit dem schließen, was Gemeinderat Dr. Löberbauer eingebracht hat. Und zwar, dass die Stadt Villach eigentlich das Recht hätte, nicht nur zu verlangen, dass sich der Landeshauptmann neutral verhalten soll, sondern dass man von diesem verlangen kann, dass dieser den besten Standort befürwortet. Er macht darauf aufmerksam, dass man so fair ist und nur verlangt, dass sich dieser neutral verhält. Er bemerkt aber, dass es im Grunde genommen schon eine Strafe für die Stadt Villach ist, wenn der beste Standort, und das ist Villach, nicht zum Zuge kommt. Er denkt, dass sein Appell umsonst sein wird und bemerkt, dass er schon viele solche Stunden im Gemeinderat erlebt hat. Diesbezüglich informiert er, dass sich immer dann, wenn die FPÖ massiv dagegen war, das war bei der Kelag, beim Kongresshaus und anderen Dingen, die SPÖ eigentlich auf dem richtigen Weg befunden hat. So sehr er es bedauert, dass die geschätzten Kolleginnen und Kollegen der FPÖ nicht zustimmen, muss er auf der anderen Seite sehr wohl sagen, dass das wahrscheinlich die Bestätigung dafür ist, dass die anderen drei Fraktionen des Gemeinderates mit dem Beschluss dieser Resolution richtig handeln.

Vizebürgermeister Pfeiler teilt mit, dass das das Schlusswort des Bürgermeisters war und nun die Debatte endet.

Er informiert, dass die Geschäftsordnung vorsieht, dass zuerst über den Hauptantrag und dann über den Zusatzantrag abgestimmt wird. Weiters hält

er fest, dass man heute einen einstimmigen Beschluss gefasst hat, dass diese Abstimmung namentlich durchgeführt wird. Er informiert, dass er eine Anwesenheitsliste erhalten hat, auf welcher auch alle Vertretungen eingetragen sind. Er ersucht, dass man ihn korrigiert, sollte er dennoch einen falschen Namen vorlesen. Um hier ein einhelliges und auch ein eindeutiges Abstimmungsverhalten feststellen zu können, wird er jeden Namen aufrufen und er ersucht, dass sich dieser dann kurz vom Sitz erhebt und mit einem deutlichen Ja oder Nein antwortet. Er wiederholt, dass man zuerst über den Hauptantrag abstimmt und dann in einer zweiten Runde über den Zusatzantrag.

Er verliest den Hauptantrag und ersucht die Anwesenden der Reihe nach um deren Stimmverhalten.

Der Gemeinderat beschließt

	JA	NEIN
Bürgermeister Helmut Manzenreiter	X	
1. Vizebürgermeister Richard Pfeiler	X	
2. Vizebürgermeister Walter Lang		X
Stadträtin Mag. Gerda Sandriesser	X	
Stadtrat Walter Ladstätter		X
GR Hilde Schaumberger	X	
GR Günther Goach	X	
GR Harald Sobe	X	
GR Brigitte Möstl	X	
GR Christian Luser	X	
GR Ing. Karl Woschitz	X	
GR Klaus Frei	X	
GR Isidor Scheriau	X	
GR Gerhard Kofler	X	
GR Helga Kaplan	X	
GR Mag. Heinz Maurer	X	
GR Günther Stastny	X	
GR Irene Lackner	X	
GR Hans Leeb	X	
GR Helmut Treiber	X	
GR Wolfgang Bertel	X	
GR Edeltraud Pacher	X	
GR Helmut Wucherer	X	
GR Ing. Horst Eder	X	
GR Rudolf Unterköfler	X	
GR Günther Krainer	X	
GR Monika Obergantschnig	X	

GR Wally Rettl		X
GR Heinz Wutti		X
GR Eveline Tilly		X
GR LAbg. Sigrid Steinkellner		X
GR Eleonore Schmoliner		X
GR Franz Burgstaller		X
GR Herwig Zussner		X
GR Obstlt. Otto Skedl		X
GR Martin Taupe		X
GR Dr. Wolfgang Lausegger		X
GR Erwin Baumann		X
GR Werner Gaggl		X
GR Andreas Brandenberger	X	
GR Helga Sacherer	X	
GR Dr. Josef Löberbauer	X	
GR DI Günther Geretschläger	X	
GR DI Josef Brunner	X	
GR Susanne Zimmermann	X	

mit Mehrheit
(dafür: 31 Stimmen der SPÖ-, ÖVP- und VIG-Fraktion;
dagegen: 14 Stimmen der FPÖ-Fraktion),

folgender Resolution zuzustimmen:

- 1.) Der Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Jörg Haider; wird aufgefordert, sich in Zukunft im positiven Wettbewerb der Städte um Investoren und Investitionen neutral zu verhalten und sich als Landshauptmann aller Kärntner im gleichen Ausmaß für Betriebsansiedlungen auch in der Stadt Villach zu engagieren.
- 2.) Wenn Entscheidungen von dritter Seite getroffen sind, sollen diese von ihm akzeptiert werden und nicht das Risiko eines Gesamtwegfalles der Investitionen für die gesamte Kärntner Wirtschaft überhaupt in Kauf genommen werden.

Vizebürgermeister Pfeiler hält fest, dass der Zusatzantrag ordnungsgemäß eingebracht wurde und von den Gemeinderäten der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der VIG-Fraktion unterzeichnet ist.

Er verliest den Zusatzantrag und ersucht die Anwesenden der Reihe nach um deren Stimmverhalten.

Der Gemeinderat beschließt

	JA	NEIN
Bürgermeister Helmut Manzenreiter	X	
1. Vizebürgermeister Richard Pfeiler	X	
2. Vizebürgermeister Walter Lang		X
Stadträtin Mag. Gerda Sandriesser	X	
Stadtrat Walter Ladstätter		X
GR Hilde Schaumberger	X	
GR Günther Goach	X	
GR Harald Sobe	X	
GR Brigitte Möstl	X	
GR Christian Luser	X	
GR Ing. Karl Woschitz	X	
GR Klaus Frei	X	
GR Isidor Scheriau	X	
GR Gerhard Kofler	X	
GR Helga Kaplan	X	
GR Mag. Heinz Maurer	X	
GR Günther Stastny	X	
GR Irene Lackner	X	
GR Hans Leeb	X	
GR Helmut Treiber	X	
GR Wolfgang Bertel	X	
GR Edeltraud Pacher	X	
GR Helmut Wucherer	X	
GR Ing. Horst Eder	X	
GR Rudolf Unterköfler	X	
GR Günther Krainer	X	
GR Monika Obergantschnig	X	
GR Wally Retzl		X
GR Heinz Wutti		X
GR Eveline Tilly		X
GR LAbg. Sigrid Steinkellner		X
GR Eleonore Schmoliner		X
GR Franz Burgstaller		X

GR Herwig Zussner		X
GR Obstlt. Otto Skedl		X
GR Martin Taupe		X
GR Dr. Wolfgang Lausegger		X
GR Erwin Baumann		X
GR Werner Gaggl		X
GR Andreas Brandenberger	X	
GR Helga Sacherer	X	
GR Dr. Josef Löberbauer	X	
GR DI Günther Geretschlager	X	
GR DI Josef Brunner	X	
GR Susanne Zimmermann	X	

mit Mehrheit
(dafür: 31 Stimmen der SPÖ-, ÖVP- und VIG-Fraktion;
dagegen: 14 Stimmen der FPÖ-Fraktion),

folgendem Zusatzantrag zur Resolution zuzustimmen:

Der Landeshauptmann von Kärnten Dr. Jörg Haider wird aufgefordert, dem Vorstand der Österreichischen Post AG gegenüber schriftlich zu erklären:

„Das Land Kärnten begrüßt die geplante Investition der Österreichischen Post AG im Ausmaß von ATS 300 Mio. für ein Postverteilzentrum mit 215 Vollarbeitsplätzen an jedem Kärntner Standort und nimmt die jeweilige Standortentscheidung des Unternehmens Post zur Kenntnis.“

Pkt. 3.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht)
und Anträge

Vizebürgermeister Pfeiler teilt mit, dass ein selbständiger Antrag der ÖVP-Fraktion betreffend der Seiten- und Verbindungsgassen in der Villacher Altstadt vorliegt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Vizebürgermeister Pfeiler für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.08 Uhr

Die Protokollführerin:

Iris Lippitsch

Der Bürgermeister:

Helmut Manzenreiter

Die ProtokollprüferInnen:

GR Günther Goach

GR Erwin Baumann